

Kommunalwahlprogramm 2024 der Freien Demokraten Baden-Württemberg

Inhalt

Kapitel 1: Lebensraum Zukunft - Liberale Ansätze für Wohnen und Bauen in unserer Stadt.....	3
Grundsteuer	3
Wohnungsbau und Bedarf.....	3
Innenentwicklung und Verdichtung.....	5
Denkmalschutz, Denkmalpflege und Gestaltungssatzungen.....	5
Kapitel 2: Vernetzt in die Zukunft - Innovative Lösungen für Verkehr und Infrastruktur	7
Ganzheitliche Verkehrsplanung	7
ÖPNV	8
Mobilität der Zukunft.....	9
Radverkehr	10
Barrierefreiheit.....	11
Leistungsfähige kommunale Infrastruktur.....	12
Glasfaser & Mobiles Netz.....	13
Städtebau & öffentliche Grünanlagen	14
Kapitel 3: Freiheitlich denken, nachhaltig handeln - Zukunftsorientierte Ansätze für Klima, Umwelt und Energie	16
Energie.....	16
Umwelt und Klima	17
Kapitel 4: Zukunft bilden, Kinder fördern - Liberale Bildungs- und Betreuungsstrategien vor Ort	20
Beste Bildung in der Schule mit besserer Ausstattung und modernen Angeboten.....	20
Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	21
Betreuungsplätze für Kinder.....	21
Kapitel 5: Gemeinsam stark - Liberale Impulse für Ehrenamt und Vereinsleben	24
Ehrenamtliches Engagement stärken.....	24
Vereine/Sport.....	24
Zivil- und Katastrophenschutz	25
Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsene.....	25
Kapitel 6: Sozial, gesund, integrativ - Unsere Vision für die Gemeinschaft von morgen	27
Älter werdende Gesellschaft.....	27
Haus- und Fachärzte	28

Krankenhausstrukturen	29
Kapitel 7: Integration und Migration – wichtige kommunale Aufgaben, die die Unterstützung durch Land, Bund und EU benötigen.....	31
Integration.....	31
Migration gemeinsam meistern und Chancen nutzen!	31
Kapitel 8: Finanzstark und bürgerfreundlich - Unser Plan für eine transparente Finanzpolitik und effiziente Verwaltung.....	34
Ortschaften.....	34
Kommunale Finanzen	34
Personalmangel in den Verwaltungen	35
Digitale Verwaltung.....	36
Kommunale Partnerschaften.....	37
Kapitel 9: Standort stärken, Zukunft sichern - Für attraktive Wirtschaftsfaktoren in unserer Kommune.....	39
Lebendige Innenstädte	39
Einzelhandel.....	39
Mittelstandspolitik.....	40
Hotels und Gaststätten	41
Innovationen und Firmengründungen	42
Interkommunale Gewerbegebiete.....	43
Landwirtschaft und regionale Produkte.....	43
Tourismusförderung	44
Kapitel 10: Für eine sichere Zukunft - Liberale Initiativen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.....	45
Sicherheit in Kommunen und Landkreisen.....	45
Polizeipräsenz in den Kommunen.....	46
Feuerwehren	47
Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	47
Kapitel 11: Digitalisierung als Chance - Für eine smartere und effizientere Kommune	49
Digitalisierung im Bereich Bauen und Wohnen	49
Digitalisierung im Verkehr.....	49
Digitale Infrastruktur	50
Digitalisierung im Umweltschutz.....	50
Digitalisierung von Bildung und Betreuung.....	51
Digitalisierung der Verwaltung.....	51

Kapitel 1: Lebensraum Zukunft - Liberale Ansätze für Wohnen und Bauen in unserer Stadt

Grundsteuer

Der baden-württembergische Alleingang bei der Grundsteuerreform schafft viele Probleme in den Kommunen. Die Landesregierung hat beim Versuch, bei sich selbst möglichst wenig Kosten auszulösen, viele Abgrenzungsprobleme vor Ort hinterlassen. Die Gutachterausschüsse waren dabei meist auf sich gestellt. Das schafft große Unsicherheit und führt zum Teil zu großen Steuererhöhungen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Abkehr vom Sonderweg des Bodenwertmodells, bei dem nur das Grundstück bewertet wird.
- eine differenzierte und an der Nutzungsmöglichkeit orientierte Festsetzung der Bodenrichtwerte, um eine möglichst faire Bewertung der Grundstücke als Grundlage für die Grundsteuer-Erhebung möglich zu machen.
- eine aufkommensneutrale Grundsteuer auf kommunaler Ebene durch eine laufende Anpassung des Hebesatzes für die Grundsteuer-Erhebung ab dem Jahr 2025.

Wohnungsbau und Bedarf

Vielerorts mangelt es an Wohnraum, insbesondere an bezahlbarem Wohnraum. Die Kommunen lassen oft die planerischen und gestalterischen Möglichkeiten ungenutzt, die ihnen zur Verfügung stehen. Das Ziel der Freien Demokraten ist es, bestehende und teilweise veraltete Bebauungspläne an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Wir streben für Kommunen mit Wohnraumbedarf beispielsweise an, die Grundflächenzahl (GRZ), die Geschossflächenzahl (GFZ) und die Stellplatzzahlen so zu verändern, dass mehr Neubauten oder Erweiterungen von Wohnraum in bestehenden Baugebieten attraktiv und realisierbar werden. Enteignungen lehnen wir ab.

Die FDP ist überzeugt, dass nur eine rege Bautätigkeit und eine nachhaltige Vergrößerung des Wohnungsangebots einen weiteren Anstieg der Mietpreise verhindern können. Eine Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum unbürokratisch zu schaffen, besteht in der Innenentwicklung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven. Die Kommunen sollen in Zusammenarbeit mit

kommunalen Wohnungsunternehmen und privaten Investoren vermehrt geförderten Wohnraum bereitstellen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Vereinfachung der Vorschriften und eine Konzentration auf wesentliche Standards im Wohnungsbau durch entsprechende Landes- und Bundesgesetzgebung, insbesondere in der Landesbauordnung (LBO), dem Bundesimmissionsschutzgesetz und der TA-Lärm.
- einen schnellen und unbürokratischen Wohnungsbau, insbesondere in Zeiten akuten Wohnraummangels.
- die Schaffung günstigen Wohnraums für Personen in Ausbildung und Studium. Dies soll durch den Bau neuer Studierendenwohnheime und Ausbildungshäuser ermöglicht werden. Insbesondere streben wir an, kommunale und landeseigene Liegenschaften kostengünstig an Studierendenwerke und lokale Ausbildungsbündnisse zur Verfügung zu stellen.
- die Nachverdichtung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen bioklimatischen Situation.
- die Anpassung von Bebauungsplänen mit dem Ziel, mehr Wohnraum zu schaffen. Die Möglichkeit der Ausweisung von sogenannten „Urbanen Gebieten“ hilft dabei auch im ländlichen Raum.
- die Ausweisung von mehr Bauland, unter Ausnutzung aller Ermessensspielräume nach dem Baugesetzbuch.
- die Erhöhung der Eigentumsquote im Land durch die gezielte Förderung des Eigentumserwerbs. Wohneigentum stellt insbesondere für mittlere und untere Einkommensgruppen einen wichtigen Baustein zur Altersvorsorge dar.
- die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen. Darüber hinaus lehnen wir eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf Landesebene entschieden ab.
- die Abschaffung unwirksamer Instrumente wie der Mietpreisbremse und des Zweckentfremdungsverbots. Diese Maßnahmen machen das Bauen weniger attraktiv und führen lediglich zu einem deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand.
- einen konsequenten Ausbau von Nah- bzw. Fernwärmenetzen in Neubaugebieten. Auch in Bestandsgebäuden soll die Möglichkeit eines Anschlusses an die Nah- oder Fernwärme nach Möglichkeit geschaffen werden.

- die Förderung von Wohnraum für Mitarbeiter.

Innenentwicklung und Verdichtung

Überall im Land fehlt Wohnraum. Innenentwicklung und Innenverdichtung sind wichtige Instrumente, um diesen Druck zu reduzieren und den Bedarf an Bauland zu decken. Durch Innenentwicklung können bauliche Regelungen planerisch unbürokratisch umgesetzt werden, ohne dass ein förmliches Verfahren nötig wird.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Favorisierung von Innenverdichtungen (Wohnen, Dienstleistungen, Gewerbe) gegenüber der Konzipierung von Neubaugebieten.
- die Erstellung eines Baulückenatlas sowie die Umsetzung von Modellvorhaben für das Wohnen in rückwärtigen Grundstücksbereichen bei privater Erschließung als Vorhaben der Innenverdichtung.
- die Einrichtung eines Leerstandskatasters, in dem alle relevanten Informationen über leerstehende gewerbliche Immobilien gebündelt werden. Diese Maßnahme erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung, den Eigentümern und der Immobilienwirtschaft.
- die Eruiierung und Nutzung von Aufstockungspotenzialen.

Denkmalschutz, Denkmalpflege und Gestaltungssatzungen

Die Denkmalpflege ist auch kommunale Aufgabe. Kulturdenkmäler spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung der lokalen Identifikation der Bürgerinnen und Bürger und können das touristische Aufkommen in einer Region steigern.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Etablierung kommunaler Denkmalprogramme, welche die denkmalpflegerische Arbeit privater Träger (Eigentümer, Kirchen, Vereine) durch Beratung und Zuwendung unterstützen.
- die Einrichtung einer Schlichtungsstelle beim Landesamt für Denkmalpflege, die bei Streit- und Konfliktfällen mit privaten Eigentümern leicht angerufen werden kann.
- möglichst schlanke Gestaltungs- bzw. Milieuschutzsatzungen, die nur auf eng gefasste Schutzbereiche angewendet werden und keine übermäßigen Hürden für Baumaßnahmen

darstellen. Insbesondere dürfen diese nicht der energetischen Sanierung oder dem Ausbau von regenerativen Energien im Wege stehen.

- die Auflistung und Beschreibung örtlicher Denkmäler in einer App über die Kommune oder Heimatvereine.

Kapitel 2: Vernetzt in die Zukunft - Innovative Lösungen für Verkehr und Infrastruktur

Ganzheitliche Verkehrsplanung

Die Freien Demokraten gehen die Zukunft der Mobilität technologieoffen an. Es ist wichtig, dass Angebote des ÖPNV sowie ein Radwegenetz zur Verfügung stehen, aber genauso selbstverständlich wird der Pkw auch künftig eine wichtige Rolle spielen. Dabei setzen wir auf alle klimafreundlichen Antriebsarten und damit auf regenerative Kraftstoffe für den Verbrennungsmotor ebenso wie auf Elektroautos wenn diese bei ganzheitlicher Betrachtung einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbst wählen können, wie sie zum Arbeiten, Einkaufen oder zu anderen Aktivitäten gelangen können. Auch die Unternehmen sollen selbst entscheiden, wie sie Waren für den Einzelhandel und das Gewerbe auf dem „letzten Kilometer“ transportieren – mit dem klassischen Sprinter, mit kombinierten Transportketten oder auch mit dem Lastenfahrrad. Es braucht vor Ort ein Gesamtkonzept, das auf die jeweiligen Verhältnisse zugeschnitten ist und alle Verkehrsträger einbindet. Dabei müssen auch die Interessen von Einzelhandel, Dienstleistung und Gastronomie berücksichtigt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für

- den Erhalt des Individualverkehrs im Mobilitätsmix und sprechen uns grundsätzlich gegen Fahrverbote aus. Dies gilt ebenso für flächendeckende und hohe Parkgebühren in den Städten. Auch eine absichtliche Reduzierung des Verkehrsraumes, primär um den Individualverkehr weniger attraktiv zu machen, lehnen wir ab.
- die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, indem wir verkehrsträgerübergreifende Angebote und P&R-Lösungen ausbauen. Dadurch schaffen wir eine attraktive Alternative zum Autoverkehr im kommunalen Bereich und tragen gleichzeitig zur Erreichung unserer Klimaziele bei.
- die Entlastung der Städte und Gemeinden vom Durchgangsverkehr, um die Innenstädte lebenswerter zu machen und die Lärm- und Schadstoffbelastung durch den Straßenverkehr zu reduzieren.
- die Beschränkung von 30er- und verkehrsberuhigten Zonen auf Bereiche, in denen es sinnvoll ist und nicht den übergeordneten Verkehrsfluss behindert oder einschränkt. Dabei ist auch an den ÖPNV zu denken, denn auch Busse werden in 30er-Zonen ausgebremst.

ÖPNV

Unabhängig davon, ob Menschen bewusst oder unfreiwillig auf die Nutzung eines Autos verzichten: Der öffentliche Nahverkehr spielt eine entscheidende Rolle für den Klimaschutz und die Lebensqualität vor Ort. Gleichzeitig stellen die sich verändernden demografischen Rahmenbedingungen eine Herausforderung für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) dar, insbesondere in ländlichen Regionen. Dennoch sehen wir Freie Demokraten darin auch Chancen, indem wir auf neue Formen der Mobilität und Tarifmodelle setzen. Ein erster Meilenstein hierzu war die Einführung des Deutschlandtickets, das bundesweit und über die Grenzen der einzelnen Verkehrsverbände hinweg gilt.

Damit die Nutzung von Bus und Bahn noch attraktiver wird, setzen wir uns ein für

- kommunale Verkehrskonzepte, die alle Verkehrsträger vom Fahrrad über den motorisierten Individualverkehr und den Busverkehr bis hin zum schienengebundenen Transport berücksichtigen. Dadurch wollen wir den intermodalen Verkehr (mit mehreren Verkehrsmitteln) stärken und die Sicherheit im Stadtverkehr erhöhen.
- einen barrierefreien Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs und einen darauf abgestimmten Busverkehr.
- die verbesserte Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen.
- den Aufbau von Fahrrad-Leihsystemen.
- eine bedarfsgerechte Taktung und individuelle Anschlusslösungen in den Randzeiten.
- einen pünktlichen und verlässlichen ÖPNV und den Ausbau von dynamischen Echtzeit-Fahrgastinformationssystemen, sowohl stationär als auch per App.
- modernes Wagenmaterial bei den Verkehrsunternehmen, das umweltfreundliche, saubere und effiziente Antriebe mit zeitgemäßem Komfort für die Fahrgäste (USB-Charger, funktionierendes WLAN, Fahrgastinformationen) verbindet.
- Mobilitätskonzepte wie ehrenamtliche Bürgerbusse, Ruftaxis, On-Demand-Verkehre, Carsharing oder Ridepooling. Diese ermöglichen sowohl in städtischen Gebieten, vor allem jedoch in ländlichen Regionen, die Bereitstellung von öffentlichen Transportdiensten.
- eine engere Zusammenarbeit zwischen Verkehrsverbänden und ggf. auch Zusammenschlüsse von Verkehrsverbänden. Dadurch wollen wir den ÖPNV effizienter organisieren und verbundübergreifende Mobilität erleichtern.

- die Verzahnung unterschiedlicher Verkehrsträger und die Bereitstellung gebührenfreier P&R-Parkplätze an strategischen Orten.

Mobilität der Zukunft

Niemand kann mit letzter Gewissheit sagen, wie die Mobilität der Zukunft aussieht. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir als Freie Demokraten eine pragmatische Verkehrspolitik verfolgen und uns für echte Technologieoffenheit einsetzen. Der Bedarf an klimafreundlicher Mobilität ist hoch. Auch in Zukunft werden kommunale Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren unverzichtbar bleiben. Jede Innovation, die den Kommunen hilft, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, sollte eine faire Chance bekommen. Deshalb setzen wir uns ein für

- den bedarfsgerechten und wirtschaftlich sinnvollen Ausbau von Elektroladestationen. Gerade kommunale Parkplätze und Parkhäuser bieten hier großes Potenzial. Um auch private Investitionen zu fördern, muss hier, insbesondere durch schnelle Genehmigungsprozesse, ein unterstützender Rahmen geschaffen werden. Aus städteplanerischer Sicht bevorzugen wir die Schaffung von Clustern mit Schnellladesäulen, um den benötigten Verkehrsraum für Ladevorgänge zu minimieren.
- die schnellstmögliche Umstellung kommunaler Dieselfahrzeuge aller Art auf synthetischen Diesel wie HVO. Somit kann der CO₂-Ausstoß in den Bestandsflotten um bis zu 90% sofort gesenkt werden. Besonders bei älteren Fahrzeugen ist auch der positive Effekt auf die Luftreinhaltung zu berücksichtigen.
- die priorisierte Verwendung von regenerativ erzeugtem Benzin in Reinform oder mit möglichst hoher Beimischung, sobald diese verfügbar sind, in allen kommunalen Benzin(hybrid)fahrzeugen.
- die Ausstattung kommunaler Fahrzeugflotten bei Ämtern und kommunalen Betrieben mit Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeugen, sofern dies wirtschaftlich sinnvoll ist und auch einen Vorteil für den Klimaschutz bietet.
- die Optimierung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur durch intelligente Leitsysteme wie elektronische Leittafeln und Wegweiser sowie digitales Parkraummanagement. Dadurch können wir Parksuchverkehre reduzieren, die in Innenstädten für ein hohes Verkehrsaufkommen verantwortlich sind.
- Offenheit für alle Alternativen zu fossilen Kraftstoffen. Die Priorisierung dabei muss auf den Lösungen mit den geringsten CO₂ Vermeidungskosten bei einer ehrlichen und

ganzheitlichen Bilanzierung liegen. Bei Kraftstoffen ist die tatsächliche Treibhausgasminde­rung incl. der nötigen Vorketten zu betrachten.

- den Ausbau von Testfeldern für autonomes und vernetztes Fahren. Damit stärken wir die Weiterentwicklung neuer Technologien und schaffen gesellschaftliche Akzeptanz für den fahrerlosen Verkehr. Gerade der ÖPNV kann hier in Zusammenarbeit mit Industrie und Wirtschaft zum Vorreiter werden.
- die Förderung autonomer Fahrzeuge durch den Einsatz bei Bedarfsverkehren und Logistikanwendungen.

Radverkehr

Fahrräder erfüllen in unserem Verkehrsmix die unterschiedlichsten Rollen: Sie sind eine umweltfreundliche Option für Kurzstrecken und können sowohl als Lastenräder in Innenstädten als auch als Expeditionsfahrzeuge in der Touristik eingesetzt werden. Radwege müssen darum als integraler Bestandteil eines ganzheitlichen Verkehrssystems in die kommunale Planung einbezogen werden. Deshalb setzen wir uns ein für

- ein ganzheitliches Radwegenetz, das die Anstrengungen von Kommunen, Landkreisen und dem Land Baden-Württemberg bündelt.
- mehr kommunale Freiheiten bei der Gestaltung des Verkehrsraums und wo immer möglich eine bauliche Trennung von Radverkehr und motorisiertem Individualverkehr.
- die ausreichende Bereitstellung gesicherter Abstellmöglichkeiten im städtischen Raum und von Ladestationen für eBikes und Pedelecs sowie deren Anbindung an den ÖPNV.
- Radschnellwege, die schnelles und sicheres Vorankommen auch auf längeren Pendelstrecken ermöglichen.
- eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit bei der Erschließung touristischer Radwanderwege.
- eine Unterstützung von Städten und Gemeinden, die den innerstädtischen Verteilerverkehr (Elektrolastenräder, Pedelecs, etc.) proaktiv verändern wollen.
- die Förderung der Arbeit von Jugendverkehrsschulen als wichtige Übungsfelder der Verkehrsteilnehmer von morgen.

- Das Umwidmen von Fahrspuren für motorisierten Verkehr in Fahrradspuren lehnen wir ab, wenn dadurch Nachteile (Stau) für viele Autofahrer aber Vorteile nur für relativ wenige Fahrradfahrer entstehen.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit bedeutet, dass alle Menschen uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Von Kleinkindern im Kinderwagen bis zu hochbetagten Senioren profitieren alle Generationen davon. Eine umfassende Barrierefreiheit ist dabei mehr als abgesenkte Bordsteine und stufenlose Zugänge. Sie bedeutet, dass alle Barrieren und Behinderungen abgebaut werden, damit alle Menschen gleichermaßen in und an der Gesellschaft teilnehmen und teilhaben und ihr volles Potenzial entfalten können. Dafür bedarf es mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen. Orientierungshilfen für blinde und sehbehinderte Menschen, Informationen in „Leichter Sprache“, Kommunikationshilfen (Gebärdensprache, Untertitel, induktive Höranlagen), Kontraste und Schriftgrößen sind ebenso wie das „Zwei-Sinne-Prinzip“ leicht umsetzbare Möglichkeiten, Barrieren abzubauen.

Eine weitgehend barrierefreie Infrastruktur bietet allen Gemeinden ein Standortvorteil. In manchen Aufgabenfeldern sind Gemeinden und Landkreise selbst gefordert. Das betrifft beispielsweise die Verwaltung, vorschulische und schulische Bildung, kommunale Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen und Öffentlichen Personennahverkehr.

Damit alle Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben und ohne fremde Hilfe vor Ort teilhaben können, setzen wir uns ein für

- eine frühzeitige Beteiligung von Menschen mit Behinderungen als „Experten in eigener Sache“ bei der Planung und Umsetzung kommunaler Maßnahmen. Dies erreichen wir beispielsweise durch eine enge Zusammenarbeit mit Beiräten von Menschen mit Behinderungen und Seniorenräten.
- die Erstellung von Aktionsplänen zur konsequenten Umsetzung von mehr Barrierefreiheit. Diese beinhalten die Bestandsaufnahme bestehender Barrieren sowie die Festlegung von Prioritäten bei deren Beseitigung.
- die Umsetzung des gesetzlich verankerten Ziels der vollständigen Barrierefreiheit im ÖPNV. Zu den dafür erforderlichen Maßnahmen gehören neben baulichen Veränderungen (Fahrtreppen, Aufzüge, Rampen) auch die Einführung von Symbolen im barrierefreien Busverkehr sowie eine klare Kennzeichnung von barrierefreien Bussen und Bahnen in Aushangfahrplänen und Fahrplan-Apps.

- kommunale Konzepte für einen barrierefreien Fußverkehr. Unser Ziel ist es, Gefahrenstellen für Fußgänger zu reduzieren, Konflikte mit anderen Verkehrsträgern abzubauen und bei der Gestaltung des Straßenraums inklusiv zu denken. Dazu gehören Maßnahmen wie stolpersichere Pflaster, bedarfsgesteuerte Fußgängerfurten und die Modernisierung von Fußgängerunterführungen und -passagen.
- saubere und rund um die Uhr zugängliche, barrierefreie Toilettenanlagen einschließlich Wickelmöglichkeiten für Kleinkinder und Erwachsene (so genannte "Toiletten für alle") im öffentlichen Raum.

Leistungsfähige kommunale Infrastruktur

Eine leistungsfähige kommunale Infrastruktur verbindet Menschen und bildet das Rückgrat städtischen und dörflichen Lebens. Allerdings sind Bau und Instandhaltung oft kostspielig und nehmen einen großen Teil des kommunalen Haushalts ein. Um die finanzielle Belastung für die Kommunen zu minimieren, ist uns Freien Demokraten daher wichtig, effizient und bedarfsgerecht zu bauen. Doch die Arbeit endet nicht mit der Fertigstellung eines Infrastrukturprojekts – im Gegenteil, sie fängt erst richtig an! Denn mit jeder Nutzung einer Einrichtung beginnt auch ihre Abnutzung. Es ist eine zentrale Aufgabe der Kommunen, die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur jederzeit zu gewährleisten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- ein besonderes Augenmerk auf die Sanierung bestehender Infrastruktur und treten dem schleichenden Substanzverlust wo notwendig mit regelmäßiger Sanierung entgegen.
- die Einrichtung eines digitalen Infrastrukturkatasters für bestehende Objekte, das Informationen über Zustand, Sanierungsbedarf und Zeithorizont aller kommunalen Liegenschaften bereitstellt.
- die Planung neuer öffentlicher Gebäude gemäß BIM-Level 3 (Building Information Model), womit auch der Lebenszyklus dieser Gebäude abgebildet wird, sowie die Erfassung von Bestandsgebäuden mindestens gemäß BIM-Level 1.
- eine verbesserte technische Ausstattung der Kommunen, damit Schäden (z.B. an Brücken, Stützmauern oder Kanälen) rechtzeitig erkannt und behoben werden können. Hierbei sind auch Möglichkeiten der digitalen Bürgerbeteiligungen zu berücksichtigen (z.B. Meldung von Schäden durch Apps inklusive Rückmeldung des Bearbeitungsstatus).
- die Erarbeitung kommunaler Maßnahmenprogramme zur Erhaltung der Kanalisationsnetze und zur Modernisierung von Kläranlagen. Dabei legen wir auf den Grundwasser- und

Bodenschutz ebenso Wert wie auf Synergieeffekte mit anderen Infrastrukturprojekten und die energetische Nutzbarmachung der Abwasserwärme.

- kommunale Wärmeplanung, die im Einklang mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes steht. Dabei prüfen wir, wo und wie Prozesswärme von kommunalen Betrieben und lokaler Industrie nutzbar gemacht werden können. Zudem streben wir an, neue Wohngebiete proaktiv an Nah- und Fernwärmenetze anzuschließen. Bei bestehender Wohnbebauung untersuchen wir Machbarkeit und Rentabilität einer Anbindung an solche Netze.
- die Prüfung, ob bei Infrastrukturprojekten durch interkommunale Zusammenarbeit Effizienzgewinne erzielt werden können. Erreichbarkeit und Nutzerfreundlichkeit müssen bei solchen Projekten jederzeit gewährleistet sein.
- die Ausschreibung mineralischer Recyclingbaustoffe (RC-Baustoffe) bei Bauvorhaben wo immer möglich. Dadurch wollen wir den Abbau natürlicher Ressourcen verringern.
- den Abbau landesrechtlicher Verwaltungsvorschriften im Rahmen von Bau- und Sanierungsmaßnahmen kommunaler Infrastrukturen.

Glasfaser & Mobiles Netz

Eine flächendeckende Glasfaserversorgung ist der Standortfaktor schlechthin für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen in Baden-Württemberg. Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass unsere digitale Infrastruktur sich mit den führenden Ländern der Welt messen kann. Eine schnelle und zuverlässige Internetverbindung ist nicht nur für Unternehmen und die Wirtschaft von großer Bedeutung, sondern auch für den Alltag der Menschen. Ob es um das Arbeiten im Homeoffice, das Streaming von Inhalten oder die Nutzung digitaler Dienste geht, Highspeed Internet ist unverzichtbar. Deshalb setzen wir uns ein für

- glasfaserbasiertes Internet mit Übertragungsraten im Gigabit-Bereich für jeden Haushalt und jede Einrichtung. Dabei ist darauf zu achten, dass die Erschließung bis an die Haustüre reicht und nicht an der Straße endet (Fiber-to-the-Building, FTTB).
- die Berücksichtigung des Glasfaserausbaus bei jedweden Tiefbauarbeiten auf kommunaler Ebene.
- die Gründung interkommunaler Zweckverbände und Wirtschaftsbetriebe zur Verbesserung der Abdeckung in Gebieten, in denen der rein privatwirtschaftliche Ausbau zu Versorgungslücken führen würde.

- einen flächendeckenden Ausbau der mobilen Netzabdeckung auf den aktuellen 5G-Übertragungsstandard, z.B. durch die Ausweisung geeigneter Flächen insbesondere auch auf kommunalen Gebäuden.
- möglichst niederschwellige und rechtlich abgesicherte Wege zur Einrichtung von WLAN-Netzen im öffentlichen Raum für Kommunen, die sich hierfür entscheiden.

Städtebau & öffentliche Grünanlagen

Städte sind nicht nur Ansammlungen von Menschen, sondern vielmehr Lebensräume, in denen die Menschen zusammenkommen, sich miteinander austauschen und ihr Leben gestalten. Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass die Städte in Baden-Württemberg mehr noch als bisher zu einem Zuhause für alle werden können. Besonders dank seiner kleinstädtisch geprägten Siedlungsstruktur hat Baden-Württemberg das Potenzial, die Vorteile des urbanen Lebens mit einer naturnahen und ruhigen Umgebung zu verbinden. Damit uns das gelingt, wollen wir

- Verkehr und Städtebau eng miteinander verknüpft denken. Bei der Erschließung neuer Viertel muss die Anbindung an den ÖPNV von Anfang an berücksichtigt werden.
- neu zu erschließende Baugebiete verkehrsarm anlegen. Dies bedeutet, am Rand oder unterirdisch ausreichend Parkmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, und innerhalb der Viertel viele Grünflächen und verkehrsarme Wege anzulegen.
- einen Fokus auf eine hohe Aufenthaltsqualität in den Innenstädten legen. Dazu gehört für uns die Bereitstellung gepflegter Stadtmöbel in ausreichender Anzahl, die zum Verweilen einladen und Gelegenheit zur Erholung bieten.
- im öffentlichen Raum Orte der Begegnung für Bürgerinnen und Bürger schaffen und erhalten. Dabei ist für uns selbstverständlich, dass eine angemessene Betreuung erfolgt, um Sauberkeit und Sicherheit zu gewährleisten.
- das Konzept der "Schwammstadt" mit möglichst vielen unversiegelten Flächen und renaturierten Stadtbächen vorantreiben. Damit verbessern wir das Wassermanagement, entlasten die kommunalen Kanalisationen und reagieren auf zunehmende Extremwetterereignisse im Zuge des Klimawandels.
- Grünflächen erhalten und erweitern. Durch die Anpflanzung von Bäumen und die Begrünung von Fassaden kommunaler Gebäude können wir nicht nur das Erscheinungsbild unserer Städte angenehmer gestalten, sondern auch das Mikroklima positiv beeinflussen – speziell in heißen Sommern.

- Spielplätze und Sportanlagen attraktiv gestalten, um Kindern und Jugendlichen soziale Treffpunkte und die Möglichkeit zur körperlichen Betätigung zu bieten.
- der besonderen Bedeutung von Friedhöfen für Menschen und Städte Rechnung tragen. Als Ruhepunkte der Gemeinden und Orte der Begegnung sind sie stille Oasen im Trubel unserer Städte. Um dem gerecht zu werden, setzen wir uns für einen barrierefreien Zugang und bürgerfreundliche Leitsysteme ein. Darüber hinaus möchten wir u.a. Ruhezonen mit Sonnenschutz, Wasserzapfstellen mit Leihgießkannen und Leihwägen. Wir erkennen auch die vielfältigen Wünsche unterschiedlicher Bestattungsformen (Wahl- und Reihengräber, Baum- und Rasengräber, gärtnergepflegte Grabfelder, Kolumbarien und anonyme Urnengräber) an und wollen diesen auf kommunalen Friedhöfen bestmöglich entsprechen. Dabei ist uns wichtig, stets ausreichend Platz für den sozialen Austausch der Trauernden zu schaffen.
- einen Denkmalschutz, der die architektonische Schönheit über Jahrhunderte gewachsener Stadtkerne bewahrt, anstatt zur Bestandsversicherung für vor Ort nicht gewünschter Bausünden der Nachkriegszeit zu werden.
- Städte, die Menschen zusammenbringen. Neben der Förderung des Einzelhandels vor Ort und der Schaffung attraktiver Bedingungen für Gastronomie und Gewerbe ist uns auch wichtig, dass kommunale Wohnungen in Innenstadtnähe möglichst generationengerecht angelegt werden.

Kapitel 3: Freiheitlich denken, nachhaltig handeln - Zukunftsorientierte Ansätze für Klima, Umwelt und Energie

Energie

Der russische Überfall auf die Ukraine hat tiefgreifende Abhängigkeiten offengelegt und unsere Energieversorgung vor große Herausforderungen gestellt. In den Kommunen werden die Auswirkungen der Energiepolitik konkret. Deshalb braucht kommunale Energiepolitik große Kompetenz. Als Freie Demokraten wollen wir in unseren Kommunen mehr Fortschritt wagen. Wir wollen die Wirtschaft schützen und Arbeitsplätze schaffen. Einseitige Eingriffe in den Wettbewerb der Energieträger und Technologien lehnen wir ab.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine umfassende Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, um die kommunale Energiewende zu beschleunigen. Dabei lehnen wir die landesrechtlichen Einschränkungen ab, welche den Kommunen die Handlungsfreiheit nehmen.
- ein klares Bekenntnis zum Gasverteilnetz im Rahmen der verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung, um die Versorgung mit heimischem Biomethan, (importiertem) E-Gas (synthetisches, regenerativ erzeugtes Methan mit gleichen technischen Eigenschaften wie Erdgas) und die Verteilung von Wasserstoff zu sichern.
- einen zügigen und bedarfsgerechten Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen, wobei wir einen Anschlusszwang ablehnen.
- eine bessere Anbindung örtlicher Biogasanlagen ans Gasverteilnetz sowie eine effizientere Verwertung städtischer Abfälle und anderer Reststoffe, um die Gewinnung von Biogas und Biomethan anzureizen und Gaskunden einen einfachen Umstieg auf klimafreundliche Gase zu ermöglichen.
- einen beschleunigten Ausbau von Solaranlagen, insbesondere auf eigenen kommunalen Flächen, um den Beitrag des Staates zur Energiewende zu steigern und die allgemeine Energieversorgung zu entlasten. Hierbei sollte die Bodengüte (über 50 Bodenpunkte) berücksichtigt werden, um keine Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion und Ernährungssicherung entstehen zu lassen.
- eine Durchführung von Potenzialstudien zur Emissionsreduktion im Wärmesektor der Kommunen, insbesondere bei städtischen Liegenschaften.

- die Nutzung der zahlreichen Wasserwege in Baden-Württemberg als Wärmequellen für Wärmepumpen.
- eine bessere Nutzung von überschüssiger regenerativer Energie in Erzeugungsstoßzeiten durch den Bau von großvolumigen Fernwärmespeichern in Verbindung mit Großwärmepumpen.
- eine bessere Erschließung von Rechenzentren, Müllverbrennungsanlagen und anderen Abwärmequellen, um bestehende Synergieeffekte zu nutzen und Vielfalt in der kommunalen Wärmeversorgung anzureizen.
- einen bürgernahen Ausbau der Geothermie, um vor Ort krisensicher und klimafreundlich für Wärme zu sorgen.
- ein klares Bekenntnis zu Technologieoffenheit in allen Bereichen, um in unseren Kommunen Fortschritt, Vielfalt und Freiheit zu sichern.

Umwelt und Klima

Entscheidungen von heute prägen die Welt von morgen. Für uns Freie Demokraten ist der Pariser Klimavertrag verpflichtend. Wir wollen die Natur für die Menschen erhalten und unseren Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten. Ohne Wirtschaftswachstum kann es aber für uns keinen Klima- und Umweltschutz geben. Wir sehen die Landwirte als natürliche Partner beim Klima- und Umweltschutz an. Uns eint, dass auch wir uns als Gesellschaft auf die Folgen des Klimawandels einstellen müssen und Klimaanpassungsmaßnahmen ergreifen müssen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- einen Wandel der Stadtplanung hin zu Schwammstädten sowie die engere Abstimmung von Katastrophen-, Klimaanpassungs- und Bauleitplänen, um die Krisenfestigkeit vor Ort auszubauen und die Kommunen an den Klimawandel anzupassen.
- eine umfassende Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, damit notwendige bauliche Anpassungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft schnell ermöglicht werden.
- einen Ausbau von Frühwarn-, Abwasser- und Wasserrückhaltesystemen, um den Gefahren von Extremwetterereignissen frühzeitig zu begegnen.

- eine krisen- und klimafestere Wasserversorgung mit einer flexibleren Wasserentnahme und einer besseren Niederschlagsnutzung, um gezielt auf saisonale Schwankungen reagieren und die Wasserversorgung jederzeit gewährleisten zu können.
- eine stärkere Nutzung von Tröpfchenbewässerung und klimaresistenter Bepflanzung, um den Wasserverbrauch zu reduzieren und kommunale Gewässer zu schonen.
- eine gezielte Prüfung von Entsiegelungsmaßnahmen auf öffentlichen Flächen, insbesondere großflächigen Plätzen, sowie bei Gebäudeerweiterungen auf bereits erschlossenen Grundstücken.
- eine möglichst ortsnahe Umsetzung baubedingter Ausgleichsmaßnahmen sowie die stärkere Berücksichtigung qualitativer Aufwertungen, um das Landschaftsbild in den Kommunen nachhaltig zu verbessern.
- ein integriertes Lichtkonzept, um die Lichtverschmutzung in unseren Kommunen zu reduzieren und die Abstrahlung künstlicher Lichtquellen ins örtliche Ökosystem zu reduzieren.
- eine gezielte Steigerung der begrünten Straßenränder, Fassaden und Dachflächen, um wertvollen Lebensraum für Tiere und Insekten zu schaffen, die Luftqualität zu verbessern und die Städte im Sommer zu kühlen.
- die Entwicklung öffentlicher und privater Flächen zu vernetzten Biotopen nach dem Vorbild der Heinz-Sielmann-Stiftung.
- eine umfassende Beschattungsoffensive sowohl durch Bepflanzung als auch durch Baumaßnahmen, um hochfrequentierte öffentliche Plätze, Spielplätze, Schulhöfe, Friedhöfe und ähnliche Orte im Sommer zu kühlen.
- einen umfänglichen Ausbau kommunaler CO₂-Speicher, etwa von Wäldern, größeren Humus- und Grünflächen oder Mooren, um Luftqualität und Bodengesundheit zu verbessern und den kulturellen Landschaftswert zu steigern.
- einen standortangepassten Umbau des Waldes vor dem Hintergrund des Klimawandels, um langfristig resiliente Wälder zu erhalten.
- die Schaffung kommunaler Hitzepläne, um der steigenden Hitzebelastung entgegenzuwirken, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen. Diese Hitzeaktionspläne sollen verschiedene Aspekte umfassen, darunter die Planung der Informationsvorsorge, konkrete Schutzmaßnahmen für Stadtteile und Individuen, sowie

die strategische Planung der Gestaltung von Freiflächen. Ziel ist es, die Auswirkungen von Hitze abzumildern und ganzheitliche Lösungen zu finden.

Kapitel 4: Zukunft bilden, Kinder fördern - Liberale Bildungs- und Betreuungsstrategien vor Ort

Beste Bildung in der Schule mit besserer Ausstattung und modernen Angeboten

Chancengerechtigkeit ist ein zentrales Grundelement liberaler Bildungspolitik. Jedes Kind muss die gleichen Chancen haben, sich in einer ständig im Wandel befindlichen Welt bestmöglich zu entwickeln. Dafür brauchen Baden-Württembergs Schulen und Kindergärten modernste Ausstattung. Besonders bei der Digitalisierung haben wir noch großen Nachholbedarf. Wir Freie Demokraten unterstützen im Bereich der Schulen mehr Eigenverantwortung der Städte und Kommunen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- moderne, sanierte Schulgebäude. Der Sanierungsstau bei den vielen öffentlichen Gebäuden zeigt sich besonders an den Schulen. Nur dort, wo sich Schüler wohl fühlen, kann hochwertiges Lernen funktionieren. Hierzu gehören sanitäre Mindeststandards in den Schultoiletten.
- eine zeitgemäße technische Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen und Beruflichen Schulen sowie die Bereitstellung fachtechnischen Personals. Digitale Kompetenzen zu vermitteln und als eine Kernaufgabe der Schulen voranzutreiben, ist eine Grundvoraussetzung für bessere Bildung und berufliche Qualifikation.
- eine Entscheidungsfreiheit der Eltern. Während die Landesregierung sich für den Ausbau der gebundenen Ganztagschule ausspricht, wollen wir die Entscheidungsfreiheit der Eltern durch die Aufnahme der offenen Ganztagschule ins Schulgesetz und die Wiederaufnahme der Schulkindbetreuung stärken. Außerdem ist die Schulkindbetreuung bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten dem Raumbedarf der gebundenen Ganztagschule gleichzustellen und am örtlichen Bedarf auszurichten. Dieser kann am besten von den Entscheidungsträgern vor Ort ermittelt werden.
- eine an den Unterricht anschließende Schulkindbetreuung, die flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern eingeht, sowie eine angemessene Beteiligung des Landes an den Kosten.
- für den Ausbau bilingualer Bildungsangebote.
- die technische Ausstattung und Verkabelung in den Schulgebäuden auf zeitgemäßem Stand.

- eine flächendeckende Ausstattung von Schulgebäuden mit WLAN und digitalen Anzeige- und Interaktionsgeräten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet viel Potenzial, das immer noch zu häufig ungenutzt bleibt, sowohl für die Wirtschaft als auch für Familien selbst. Diese Vereinbarkeit bleibt jedoch eine bedeutende Herausforderung für eine zukunftsorientierte Gesellschaft. Neben der verlässlichen Betreuung und Versorgung der Kinder bindet die pflegerische Unterstützung von Angehörigen zunehmend mehr Menschen. In diesen Lebenssituationen dürfen Pflege und Erwerbsarbeit keine Gegensätze bleiben. Die Pandemie hat die Flexibilisierung der Arbeitswelt vorangetrieben. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen, zum Beispiel durch flexible Arbeitszeitmodelle, und wird fester Bestandteil des Erwerbslebens bleiben. Davon profitieren gerade in Zeiten des Fachkräftemangels die dezentral ansässigen Unternehmen, denn örtliche Distanzen stellen kein Hindernis mehr dar. Damit mobiles Arbeiten gerade für kleine und mittelständische Unternehmen zur Selbstverständlichkeit werden kann, braucht es die entsprechende digitale Infrastruktur.

Betreuungsplätze für Kinder

Ein qualitativ hochwertiger Betreuungsplatz für Kinder ist ein wichtiger Baustein für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Seit 2013 haben Eltern hierauf einen Rechtsanspruch für Kinder ab einem Jahr. Die Freien Demokraten sehen dabei die Kindertagespflege gleichwertig neben den institutionellen Kinderbetreuungsangeboten. Eine vielfältige Betreuungslandschaft mit öffentlichen und privaten Kindertagesstätten sehen wir als eine Bereicherung für die Kommunen. Nicht der Geldbeutel der Eltern soll darüber entscheiden, wo und wie ein Kind betreut wird, sondern die Bedürfnisse der jeweiligen Familie.

Flankierend müssen aber auch durch Betriebe und Kommunen flächendeckend wohnortnahe Angebote etabliert werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur selbstverständlich machen, sondern auch praktisch, einfach und stressfrei ermöglichen. Pauschale Einheitskonzepte für alle Städte, Landkreise und Gemeinden, diese Aufgabe zu erfüllen, gibt es nicht. Jede Kommune muss hier ihren eigenen Weg finden. Hierfür bieten wir Freie Demokraten eine umfassende Unterstützung an. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine anhaltende Förderung flexiblerer Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten sowie eine Unterstützung von Tageseltern, ohne sie durch übermäßige Bürokratie zu behindern. Uns Freien Demokraten ist wichtig, dass Eltern bei den

Betreuungsangeboten echte Wahlfreiheit erhalten. Dazu sind Betreuungsmodelle so flexibel zu gestalten, dass zum einen der Betreuungsbedarf der Familien, zum anderen die verfügbaren Kapazitäten ausgeschöpft werden. Hier können vor allem für die Nachmittagszeiten Platz-Sharing-Modelle eine Lösung bieten.

- eine durch das Land unterstützte Ganztagsbetreuung, die unterschiedliche Angebote und Träger - Ganztagschulen, Kinderhorte oder andere Ganztagsbetreuung in freier Trägerschaft – gleichbehandelt und fördert. Das dafür vorgesehene Budget muss den Bedürfnissen des Kindes folgen. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, ist darüber hinaus darauf zu achten, dass Ganztagschulen eine ergänzende Betreuung in Randzeiten anbieten. Dabei ist wichtig, dass die übliche Arbeitszeit plus Fahrtzeit durch die Betreuung abgedeckt ist.
- ein entschlossenes Angehen des Problems der Schulferienbetreuung. Unser Ziel ist es, berufstätige Eltern während der langen Ferienzeit nicht übermäßig zu belasten. Dafür bedarf es verlässlicher Strukturen, die von Kommunen in Zusammenarbeit mit Leistungsträgern und Vereinen entwickelt werden, um eine zuverlässige Betreuung sicherzustellen. Auch betrieblich organisierte Ferienbetreuungsmodelle bieten Potenzial, welche von den Kommunen zu unterstützen sind.
- flexible Betreuungsmodelle, um unter anderem Menschen in Schichtarbeitsmodellen zu unterstützen.
- Programme für kommunale Beschäftigte, die ihnen in der Familienphase berufliche Weiterbildung ermöglichen, den Wiedereinstieg in den Beruf unterstützen oder flexible Arbeitsmodelle für pflegende Angehörige erlauben.
- die Förderung der Kindertagespflege als gleichwertiges Angebot zur institutionellen Betreuung durch Aufnahme in den Bedarfsplan und zusätzliche kommunale Förderung.
- eine im Interesse der Planungssicherheit für Tageseltern liegende gesetzliche Verankerung der Pflegeurlaubnis, der Qualifizierung und Fortbildung von Tagespflegepersonen sowie der laufenden Geldleistung.
- eine neutrale Information der Eltern, in welcher sie sich über die pädagogische Ausrichtung der Betreuungsangebote informieren können, um sich dann entsprechend ihrer familiären Bedürfnisse zu entscheiden.

- eine Digitalisierung und Automatisierung der kommunalen Bedarfsplanung für Betreuungsplätze, um eine frühzeitige Planungssicherheit bei Trägern und Familien gewährleisten zu können.
- Transparenz bezüglich der Platzvergaberichtlinien sowie einer Rückmeldung bezüglich Betreuungsplatzzusage bzw. -absage mindestens 3 Monate vor einem gewünschten Betreuungsstart. Im Falle einer Absage, z.B. für ein gewünschtes Betreuungsmodell oder eine bestimmte Einrichtung, sind den Familien Optionen zur Verfügung zu stellen.
- eine kommunale Personalentwicklungsstrategie, um dem bestehenden Erziehermangel zu begegnen.
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher, um den Beruf weiter attraktiv zu halten.
- Kooperationen der unterschiedlichen Bildungsträger mit den Vereinen und Musikschulen, um durch die entstehenden Synergieeffekte beides attraktiver zu gestalten.
- einen regelmäßigen, offenen Austausch zwischen Kommunen, Trägern und Elternvertreterschaft.
- eine durch die Landesregierung sichergestellte Planungssicherheit der Kommunen bei der ab 2025 landesweit geltenden Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Dabei sollten ganzheitliche Lösungsansätze für die Betreuung von Kindern im Vordergrund stehen.
- das Wahlrecht der Eltern und kommunales Vorhalten einer Schulkindbetreuung, die flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern eingehen kann.
- die Berücksichtigung eines Konzepts für geeignetes Personal in der Schulkind- und Hausaufgabenbetreuung beim kommunalen Bedarfsplan - einschließlich einer Fachberatung.

Kapitel 5: Gemeinsam stark - Liberale Impulse für Ehrenamt und Vereinsleben

Ehrenamtliches Engagement stärken

Der soziale und kulturelle Zusammenhalt in unseren Gemeinden wird maßgeblich vom Ehrenamt getragen; Sport, Kultur, Vereine, Rettungsdienste, die Freiwillige Feuerwehr, Initiativen für soziale Unterstützungsangebote etc. prägen das Leben in einem hohen Maß. Wertschätzung und Anerkennung für alle Formen des Ehrenamts ist daher wichtig. Aber es braucht auch seitens der Kommunen die richtigen Rahmenbedingungen, damit sich ehrenamtliches Engagement entfalten kann. Deshalb setzen wir uns ein für

- die kommunale Bereitstellung von Räumlichkeiten und Treffpunkten für Vereine und ehrenamtlich Engagierte.
- unbürokratische Verwaltungsprozesse für Genehmigungen, bei Anmietungen und die Nutzung von öffentlichem Raum.
- angemessene Rahmenbedingungen für Veranstaltungen, die von Ehrenamtlichen getragen werden. Ein Weinfest, ein Hock, eine Fasnetsveranstaltung darf nicht zum „Staatsakt“ werden mit Sicherheitsauflagen, die die Vereine finanziell und organisatorisch überfordern.
- die Schaffung von zentralen Plattformen, um Raumangebote zusammenzuführen und bestenfalls auch Belegungszeiten einzusehen und Buchungen vorzunehmen. Auch sollen städtische Räume wie bspw. Schulen möglichst für Vereine zugänglich gemacht werden.

Vereine/Sport

Die Freien Demokraten halten eine höhere Wertschätzung der Ehrenamtlichen im Amateur- und Leistungssport sowie vor allem im Breitensport für dringend notwendig. Wer in seiner Freizeit anderen Menschen, insbesondere Menschen mit Behinderung sowie Kindern dabei hilft, sportlich tätig zu sein und eine Vorbildfunktion mit hohem persönlichem Einsatz übernimmt, hat die Anerkennung der Gesellschaft verdient. Daher unterstützen wir den Solidarpakt Sport, der neben dem Breiten- auch den Spitzensport unterstützt und setzen uns ein für

- eine bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch die Landesregierung bei der Sanierung der Schwimmbäder. Viele Kommunen sind derzeit finanziell damit überfordert, ihre meist in den 1970er Jahren gebauten Frei- und Hallenbäder zu sanieren. Insbesondere

viele ärmere Kommunen können sich den Betrieb von Schwimmbädern gar nicht mehr leisten. Das schränkt die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger ein und sorgt dafür, dass über die Hälfte der Kinder unter acht Jahren nicht mehr schwimmen kann.

- die Einrichtung eines runden Tisches von Land und Kommunen nach den gewaltsamen Zwischenfällen in vielen baden-württembergischen Schwimmbädern, um mit Konzepten für ein sicheres Schwimmbad für den kommenden Sommer vorbereitet zu sein.
- eine vereinfachte Beantragung von Fördermitteln für die generelle Sanierung von Sportstätten. Vereinfachte und unbürokratischere Verfahren kommen allen Bürgern zugute und fördern auch die Bewerbungsbereitschaft der Kommunen.
- die gezielte Weiterentwicklung der bestehenden Sport- und Bewegungsangebote, die dem Inklusionsgedanken gerecht werden.
- eine Vertiefung der Gespräche mit den Vereinen zur besseren Unterstützung der Vereinsarbeit und des Ehrenamtes, welches eine der zentralen Grundlagen für das gesellschaftliche Miteinander ist.

Zivil- und Katastrophenschutz

Der Schutz der Bevölkerung und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger stehen für uns Freie Demokraten stets im Mittelpunkt. Nur mit der notwendigen personellen und finanziellen Ausstattung des ehrenamtlichen Zivilschutzes können wir unser Land bestmöglich auf Krisen- und Katastrophensituationen vorbereiten und effektive Maßnahmen zum Schutz und zur Hilfeleistung gewährleisten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Zivilschutzes, insbesondere bei jüngeren Menschen. Dies kann beispielsweise durch einen höheren finanziellen Ausgleich, die Anerkennung für Verlängerungen bei Ausbildungs- und Studienzeiten und einer dreimonatigen freiwilligen Grundausbildung erfolgen.
- spürbare Vorteile und Vergünstigungen für ehrenamtlich tätige Bürger in den Kommunen, etwa in Form kommunaler Ehrenamtskarten.

Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsene

Die FDP setzt sich für eine stärkere Beteiligung von jungen Menschen in den kommunalpolitischen Gremien ein. Wir möchten junge Menschen in Baden-Württemberg aktiv fördern und fordern, ihre

Interessen zu vertreten und sich zu beteiligen. Um den anstehenden Generationenwechsel in den Gemeinde- und Ortschaftsräten zu erleichtern, wollen wir Freie Demokraten junge Menschen dazu animieren, für den Gemeinde- oder Ortschaftsrat zu kandidieren.

Deshalb setzen wir uns ein für

- ein mindestens einmal jährlich stattfindendes Jugendforum. Das gilt insbesondere in Gemeinden ohne Jugendgemeinderat. Vorsitzender ist der Bürgermeister. Beschlüsse des Jugendforums sollen im Gemeinderat beraten werden.
- ein dauerhaftes Recht eines Vertreters des Jugendgemeinderates oder einer anderen Jugendvertretung zur Stellungnahme in öffentlichen und nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen, beschließenden Ausschüssen und beratenden Ausschüssen sowie bei Ortschaftsratssitzungen ihres Teilortes.

Kapitel 6: Sozial, gesund, integrativ - Unsere Vision für die Gemeinschaft von morgen

Älter werdende Gesellschaft

Seniorinnen und Senioren sind heute bis ins hohe Alter agil, besitzen viel Erfahrung und Kompetenz und engagieren sich vielfältig ehrenamtlich in ihrer Gemeinde. Zusammen mit ihrem zunehmenden Anteil in der Gesellschaft verändern sich auch die Anforderungen für die Städte und Landkreise.

Wie wir das Leben für den älteren Teil der Bevölkerung in den künftigen Jahren gestalten, ist eine Frage, die den Wohnungsbau, die Barrierefreiheit sowie die ambulante und stationäre Pflege vor Ort betrifft. Für uns Freie Demokraten ist wichtig, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lange selbstbestimmt leben können. Hierzu ist die wohnortnahe Unterstützung in den Gemeinden wichtig. Der Bedarf nach seniorengerechten Wohnungen, die um eine ortsnahe Pflegeunterstützung ergänzt werden können, steigt. Um die Mobilität und Teilhabe der Seniorinnen und Senioren zu gewährleisten, sind Ideen gefragt, die auf den jeweiligen Ort und die individuelle Situation abgestimmt sind.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Stärkung der Seniorenräte und die Förderung ihrer Gründung.
- die Förderung und Stärkung wechselseitiger generationenübergreifender Unterstützung, wie zum Beispiel eine Handysprechstunde für Seniorinnen und Senioren an Schulen oder im Gegenzug Hilfestellung beim Lesen oder in anderen Schulfächern durch Seniorinnen und Senioren. Dies stärkt alle Generationen und das Miteinander in den Gemeinden.
- eine pragmatischere Umsetzung und einfachere Handhabung bei der Schaffung ambulant betreuter Wohngruppen.
- eine Entbürokratisierung und Entschärfung bei der Umsetzung der Heimbauverordnung, um zu verhindern, dass bestehende Pflegeheime den Betrieb einstellen müssen.
- die Herstellung der Barrierefreiheit, einen gut ausgebauten ÖPNV inkl. Ruftaxis und Bürgerbussen, einen mobilen Service für einfache Verwaltungsangelegenheiten, sanitäre Einrichtungen für alle und organisierte Nachbarschaftshilfe.
- den Ausbau einer digitalen Infrastruktur in Pflegeheimen, die sowohl Bewohner als auch Personal unterstützt und entlastet.

Haus- und Fachärzte

Aufgrund des demografischen Wandels steigt der Bedarf an medizinischer Versorgung, gleichzeitig werden die niedergelassenen Ärzte, insbesondere die Allgemeinmediziner selbst immer älter. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung und die Nachwuchsgewinnung von Ärzten stellen Kommunen nicht nur im ländlichen Raum vor eine große Herausforderung, die mit einer einfachen Quote nicht zu lösen ist. Jede Kommune muss individuell die Rahmenbedingungen schaffen, um Ärzte anzusiedeln, da nicht jede Lösung für eine Kommune auch für eine andere funktioniert. Die Kooperation mit umliegenden Universitätsstandorten und der Austausch mit bereits niedergelassenen Ärzten können für die Kommunen ein entscheidender Schlüssel sein.

Damit der Landarzt nicht nur im Fernsehen kommt, setzen wir uns dafür ein

- in Zusammenarbeit mit den Kammern, der kassenärztlichen Vereinigung und den kommunalen Landesverbänden Strategien zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen.
- Initiativen und Praxisgemeinschaften nach Genossenschaftsprinzip und in kommunaler Trägerschaft zu fördern. Dies trägt dazu bei, die medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten und ermöglicht jungen Ärzten eine flexiblere Gestaltung ihrer Arbeitszeiten.
- auf kommunaler Ebene die Voraussetzungen zu schaffen, dass technische Innovationen in der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Die Digitalisierung in Form der Telemedizin bietet große Chancen. Ein gutes Beispiel dafür ist DocDirekt sowie viele weitere vergleichbare regionale Angebote. Es ist wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern auch zu vermitteln, dass diese Möglichkeiten existieren.
- die erforderliche Infrastruktur zu schaffen, um die Vorteile der Digitalisierung in der Medizin wie beispielsweise Onlinesprechstunden und digitale Rezeptbestellungen nutzen zu können.
- die Ausrichtung des Studiums der Humanmedizin verstärkt in Richtung Praxis und Allgemeinmedizin zu lenken. Den Arztberuf attraktiver zu machen bringt mehr als eine Landarztquote bei Studienplätzen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Kommunen können eine aktive Rolle übernehmen, indem sie beispielsweise Räumlichkeiten für Praxen bereitstellen.

Krankenhausstrukturen

Der Landeskrankenhausplan stammt aus dem Jahre 2010. Höchste Zeit, diesen zu überarbeiten! Die Neuordnung der Krankenhausstrukturen ist ein äußerst sensibles Thema, das landesweit zu deutlichen Strukturveränderungen führen wird. Rund die Hälfte der Krankenhäuser in Baden-Württemberg verzeichnet finanzielle Verluste. Eine Neuausrichtung der Krankenhausplanung und Investitionsförderung sowie die Krankenhausstrukturreform mit einer neuen Finanzierungsgrundlage sind deshalb wichtige Maßnahmen, um zu wirtschaftlich tragfähigen Strukturen zu kommen. Andernfalls besteht die Gefahr einer deutlichen Reduzierung der Trägervielfalt.

Deshalb setzen wir uns dafür ein

- die Stadt- und Landkreise bei der Evaluierung zur Versorgungssituation und zur zukünftigen Angebotskonzeption enger einzubinden, damit eine gezielte Qualitätsverbesserung ermöglicht wird.
- die Forderung der baden-württembergischen Landkreise nach Krankenhäusern umzusetzen, die bedarfsgerecht und effizient nach objektiven Kriterien arbeiten und finanziell in der Lage sind, die unvermeidlichen Kostensteigerungen zu refinanzieren und die kommunalen Defizite zu reduzieren.
- die unabdingbare Grund- und Notversorgung im ländlichen Raum sicherzustellen, auch wenn dies nur durch Sicherstellungszuschläge möglich ist.
- die Stadt- und Landkreise bei der Sicherung kleiner Geburtshilfeabteilungen im ländlichen Raum zu unterstützen und so die geburtshilfliche Hebammenversorgung zu stärken und zu sichern.
- regionale Strukturgespräche im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenzen unter Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern einzuführen, um eine partizipative Planung zu ermöglichen.
- innovative sektorenübergreifende und digitale Versorgungskonzepte zu entwickeln, welche die Belange der niedergelassenen und freiberuflichen Ärzte berücksichtigen.
- eine flächendeckende Notfallversorgung innerhalb der gesetzlichen Hilfsfristen sicherzustellen und innovative Modellprojekte auf Landkreisebene zu fördern.
- ein schnelles und patientengerechtes Rettungswesen zu gewährleisten.

- einen flächendeckenden Ausbau kommunaler, unabhängig beratender Pflegestützpunkte voranzutreiben.
- eine medizinische Versorgung der Kommunen sicherzustellen, bei der die Krankenhausvergütung nicht zu Lasten der Kommunen erfolgt, sondern von Bund und Ländern angemessen unterstützt wird.
- Reformen durchzuführen, die nicht nur auf theoretischen Idealkonzepten basieren, sondern die aktuellen Gegebenheiten in Baden-Württemberg berücksichtigen. Hierzu bedarf es der Einbindung der ambulanten Versorgung.
- die Stadt- und Landkreise bei der Sicherung einer wohnortnahen Ausbildung in den Gesundheitsberufen zu unterstützen und so den Herausforderungen des demografischen Wandels Rechnung zu tragen.

Kapitel 7: Integration und Migration – wichtige kommunale Aufgaben, die die Unterstützung durch Land, Bund und EU benötigen

Integration

Die Integration der Menschen aus Ländern mit anderen kulturellen Hintergründen und Sprachen erfolgt vor Ort in den Kommunen. Hier müssen unsere Werte vermittelt und das Zusammenleben zwischen und mit den Kulturen organisiert werden. Bildung und kulturelle Einbindung in die Gesellschaft sind für uns Freie Demokraten die Schlüssel zu einer gelungenen Integration und somit Basis für langfristige gesellschaftliche Stabilität und die Sicherung unseres Wohlstands.

Deshalb setzen wir uns ein für

- verpflichtende Deutschkurse in den Kommunen, welche beispielsweise über die Volkshochschulen organisiert werden können. Dabei sind Kursgruppen entsprechend der Bildungsvorkenntnisse einzuteilen, um jedem optimal zu fördern.
- niedrigschwellige Integrationsangebote in Familienzentren, welche zielgruppengerechte Beratung bieten.
- ein Integrationsmanagement, welches sich an den speziellen Bedürfnissen vor Ort orientiert und das Ehrenamt in seiner Arbeit begleitet.
- niedrigschwellige Bildungsangebote zur Erleichterung des Eintritts in den Arbeitsmarkt.
- die Schaffung dezentraler Anschlussunterbringungen/Wohnangebote, da Integration am besten in kleinen Einheiten gelingt.
- die Unterstützung der Vereine vor Ort bei der Integration der Neubürger durch Fortbildungsmaßnahmen und einen hauptamtlichen Ansprechpartner.
- einen fairen finanziellen Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen, welcher sich im Ergebnis in einer Entlastung der Kommunen und dauerhaften Finanzierung der Integrationsleistung manifestiert.

Migration gemeinsam meistern und Chancen nutzen!

Der Zustrom von Geflüchteten ist eine der größten Herausforderungen, vor der unsere Kommunen stehen. Obgleich die Kommunen den Zustrom Geflüchteter vor Ort schultern müssen, sind ihre Einflussmöglichkeiten dabei gering. Das neue Einwanderungsgesetz der Bundesregierung, das neue Gesetz zur Erleichterung von Rückführungen sowie die Einigung zum Gemeinsamen

Europäischen Asylsystem (GEAS) sind wichtige Schritte in die richtige Richtung, um die Kommunen zu entlasten. Denn am Ende sind sie es, die mit den Vorgaben der Europäischen Union und des Bundes arbeiten und für die Unterbringung und Integration der Neuankömmlinge sorgen müssen. Wichtig sind dabei europaweit einheitliche Regelungen für alle Flüchtlinge, insbesondere bei der Gewährung oder Nichtgewährung von Schutz. Dies schließt für uns Freie Demokraten auch die Rücknahme des Rechtskreiswechsels für ukrainische Geflüchtete ein; hier muss eine Lösung gefunden werden, die die kommunalen Ausländerbehörden nicht zusätzlich belastet. Gut integrierten Asylsuchenden, die unseren Arbeits- und Ausbildungsmarkt bereichern, muss ein unbürokratischer und schneller Spurwechsel ermöglicht werden. Dies stärkt die Integration und unseren kommunalen Arbeitsmarkt. Trotzdem ist und bleibt unser vorrangiges Ziel eine klare Trennung zwischen Arbeitseinwanderung und Einwanderung auf dem Fluchtweg. Deswegen sollten legale Wege zur Arbeitseinwanderung bedarfsorientiert weiter ausgebaut werden. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch eine konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht durch Abschiebung und die Schaffung von ausreichend Ausreisegewahrsams- und Abschiebehaftplätzen. Hierbei muss ein besonderer Fokus auf straffälligen Migrant*innen liegen. Das Land Baden-Württemberg ist in der Pflicht, dezentral genügend Haft- und Gewahrsamsplätze einzurichten und konsequent abzuschicken.

Wir setzen uns auf kommunaler Ebene ein für

- die ausschließliche Zuweisung von Geflüchteten an die Kommunen, die auch eine gewisse Bleibeperspektive haben. Bei den Personen ohne Bleibeperspektive sollte nicht die Integration im Fokus stehen, sondern die Rückführung. Daher ist eine Verteilung in die Kommunen nicht sinnvoll. Auch darf es nicht sein, dass Personen ohne Stellung ihres Asylantrags in die Kommunen verteilt werden, wie dies in der Praxis vorkommt. Personen ohne gestellten Asylantrag sowie mit schlechter Bleibeperspektive sollten in Ankunftszentren verbleiben.
- die uneingeschränkte Residenzpflicht aller Geflüchteten zur Vereinfachung der kommunalen Verfahren.
- einen Abbau von Arbeitsverboten und Restriktionen bei Praktika und Zeitarbeit. Geflüchtete sollen schnell die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Unnötige Bürokratie soll dabei verhindert werden, indem eine Arbeitserlaubnis grundsätzlich für einen Geflüchteten erteilt würde und nicht für jede Arbeitsstelle.
- eine aktive Förderung des Austausches zwischen den Ausländerbehörden und der lokalen Wirtschaft.

- die Möglichkeiten des Asylbewerberleistungsgesetzes kommunal umfassender zu nutzen und vermehrt auf Sachleistungen anstatt auf Bargeldzahlungen zu setzen. Asylbewerberleistungen sollten schnellstmöglich über ein einheitliches Bezahlkartensystem verausgabt werden.
- eine Förderung des aktiven Austausches zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen und den Geflüchteten, um Integration gemeinsam und von allen Seiten zu fordern und zu fördern.
- eine passgenauere Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land sowie eine unbürokratische Abrechnung bei den Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten. Kommunen müssen bedarfsgerecht unterstützt werden.
- die bedarfsgerechte Unterstützung kommunaler Unterbringung. Eine hilfswise Nutzung von Sporthallen für die Unterbringung ist zu vermeiden.
- eine Sprachstandsabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch in den Erstaufnahmeeinrichtungen und die Vermittlung der deutschen Sprache sofort nach der Ankunft.
- eine verpflichtende Teilnahme an Integrationskursen für jeden Geflüchteten und Asylbewerber. Die Kurse müssen ihnen offenstehen, sobald sie die Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder verlassen können. Dabei muss die Vermittlung der Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stets im Vordergrund stehen.
- verbesserte Sanktionsmöglichkeiten auch im Asylbewerberleistungsgesetz für die Unteren Aufnahmebehörden, wenn Geflüchtete sich Integrations- und Sprachkursen entziehen oder es zu disziplinarischen Problemen in den Unterkünften kommt.

Kapitel 8: Finanzstark und bürgerfreundlich - Unser Plan für eine transparente Finanzpolitik und effiziente Verwaltung

Ortschaften

Auch 50 Jahre nach der Gemeindegebietsreform möchten wir Freie Demokraten die kleinen Ortschaften und Teilorte in Baden-Württemberg fördern.

Deshalb setzen wir uns dafür ein,

- dass Gemeinden Kooperationen mit Einzelhändlern und lokalen landwirtschaftlichen Betrieben fördern, um in Ortschaften ohne direkte Einkaufsmöglichkeiten beispielsweise Bringdienste oder Einkaufsbusse zu organisieren.
- dass On-Demand Busverbindungen zwischen 6 und 22 Uhr gewährleistet werden, auch mit Kleinbussen, wenn diese bedarfsgerechter als bspw. Linienbusse sind.
- dass Bürgerbegehren auch zu Themenbereichen einer Ortschaft durchgeführt werden können. In Ortschaften mit eigener Ortsverfassung kann der Ortschaftsrat dies initiieren.
- LEADER¹-Regionen auszuweiten. Zudem sollen Bürgerinnen und Bürger, sowie Teilorte von Gemeinden, für LEADER-Förderungen antragsberechtigt sein, auch wenn die Gemeinde nicht Teil der LEADER-Region ist.
- dass die Hürden für LEADER-Förderungen bei Vereinen deutlich gesenkt werden und eine LEADER-Förderung auch mit weiteren Förderprogrammen kombiniert werden kann.

Kommunale Finanzen

Die Gemeinden in Baden-Württemberg sind finanziell im Ländervergleich gut aufgestellt (Verschuldung, Spielraum für Investitionen, Einnahmeerwartungen). Als Liberale ruhen wir uns allerdings nicht auf einer zufriedenstellenden Finanzsituation aus, sondern schauen in die Zukunft. Die weltweiten Folgen der Corona-Krise und des Ukrainekrieges zeigen sich auch in den Haushalten unserer Städte und Gemeinden. Dies stellt die Kommunen aktuell und in den kommenden Jahren vor finanzielle und strukturelle Herausforderungen. Zudem haben die Pflichtaufgaben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, mit der Folge, dass freiwillige Leistungen zurückgefahren werden mussten. Aufgrund der Baupreissteigerungen konnten die

¹ LEADER ist eine Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union, mit der seit 1991 die Entwicklung des ländlichen Raums gefördert wird. Über allem steht als Ziel, die Lebensqualität und wirtschaftliche Lage in ländlichen Regionen zu verbessern.

Kommunen nicht genügend in die kommunale Infrastruktur investieren. Bei vielen kommunalen Investitionen gibt es zu viele untaugliche Förderprogramme, die beispielsweise anteilig den Neubau einer Schule fördern, während die Kommunen jedoch vollständig die sehr hohen Folgekosten zu tragen haben. Auch dies führt zu einer hohen finanziellen Belastung der Kommunen und schränkt deren Handlungsspielraum ein. Um unsere Gemeinden dennoch zukunftsfähig zu machen, setzen wir uns ein für

- eine solide Haushaltsplanung in der Gemeinde, um die Handlungsfähigkeit zu sichern und nachfolgende Generationen nicht über Gebühr zu belasten.
- eine bessere Ausgabenkontrolle. Hierbei sollen die Möglichkeiten des neuen kommunalen Haushaltsrechtes stärker genutzt werden und eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Gemeinden gewährleistet werden.
- seriöse Kostenschätzungen und mehr Projektdisziplin zur Vermeidung zusätzlicher Kosten bei Bauprojekten.
- eine bessere Zusammenarbeit von Kommunen zur Nutzung von Synergien und Kostenreduzierung, z.B. im Bereich Naturschutz, Mobilität oder Digitalisierung.
- einen Abbau des Sanierungsstaus bei öffentlichen Gebäuden und der Infrastruktur.
- den Einsatz künstlicher Intelligenz in der kommunalen Verwaltung zur Verfahrensvereinfachung.
- einen kritischen Blick auf den Umsetzungsgrad der Pflichtaufgaben. Sobald die Pflichtaufgaben umfangreicher als vorgeschrieben erfüllt werden, ist dieser Teil den freiwilligen Leistungen zuzuordnen. Das stellt häufig eine große Belastung der kommunalen Haushalte dar.

Personalmangel in den Verwaltungen

Insbesondere durch die demografische Entwicklung fällt es den Kreisen und Gemeinden zunehmend schwer, qualifiziertes Personal zur Aufgabenwahrnehmung einzustellen. Auf dem Arbeitsmarkt hat der öffentliche Dienst deutliche Wettbewerbsnachteile gegenüber Banken, Handel, Dienstleistungen, Gewerbe und Industrie. Nicht selten bezahlt die freie Wirtschaft, insbesondere in den technischen Berufen, deutlich mehr als das, was der öffentliche Dienst aufgrund strenger Grenzen bieten kann. Kreisverwaltungen und Gemeinden sollten daher im Fall der Personalauslese oder bei drohender Abwanderung von qualifiziertem Personal mehr Entscheidungsfreiheiten bekommen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine im Rahmen des Zulässigen stärkere Bestimmung der Gehaltsbemessung durch Kommunen vor Ort. Das gilt von der Gewährung besonderer Leistungszulagen jenseits der Gehaltsobergrenzen bis zu verbesserten Aufstiegsmöglichkeiten.
- mehr Flexibilität für Landkreise und Gemeinden bei Personalauslese und Besoldung.
- mehr Wertschätzung des Personals in den Verwaltungen. Dies kann unterstützt werden durch Angebote wie das Jobticket, Fahrrad-Leasing sowie Sport- und Freizeitangebote.
- eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle, Möglichkeiten von Homeoffice und Eltern-Kind-Zimmer.
- eine bessere Unterstützung von Rückkehrerinnen und Rückkehrern nach Elternzeit und Freizeitphasen, z.B. durch ein Intranet und Betriebsveranstaltungen, die auch beurlaubten Mitarbeitern zur Verfügung stehen sowie Schulungsangebote, um auf dem „Stand der Technik“ zu bleiben.
- eine Chance der Einstellung von qualifizierten Seiteneinsteigern.
- die stärkere Fokussierung von Erzieherinnen und Erziehern in Kindertagesstätten, Horten und in schulischen Betreuungsangeboten auf ihre fachliche Tätigkeit. So sollte die Zubereitung von Speisen von entsprechendem Küchenpersonal erfolgen und die Bearbeitung von Anträgen durch Verwaltungsfachleute.

Digitale Verwaltung

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Chancen, um Verwaltungsprozesse zu optimieren, Bürokratie abzubauen und den Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Service zu bieten. Die digitale Verwaltung spart Zeit und Kosten. Das ermöglicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, sich auf ihre Kernaufgabe zu konzentrieren und den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Anliegen bequem von zu Hause aus zu erledigen, ohne lange Wartezeiten oder den Gang zum Amt. Die Freien Demokraten wollen die Digitalisierung der Verwaltung weiter vorantreiben und die Chancen der digitalen Transformation bestmöglich nutzen, um eine moderne und bürgernahe Verwaltung zu schaffen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die flächendeckende Einführung zeitgemäßer Ratsinformationssysteme, um die Transparenz von Gremienentscheidungen zu erhöhen.

- Bürger-Apps mit nützlichen Informationen aus der Gemeinde als digitale Amtsblätter.
- moderne und interaktive Gemeinde-Websites.
- die Nutzung moderner Formen der Bürgerkommunikation durch die Gemeindeverwaltungen über die sozialen Medien, insbesondere Instagram-Accounts.
- den bedarfsgerechten Gebrauch hybrider Sitzungen zur Steigerung der Effizienz kommunaler Gremien.
- die konsequente Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen. Insbesondere um in Zeiten von Fachkräftemangel und demographischem Wandel wertvolle Personalressourcen in den Gemeindeverwaltungen möglichst sinnvoll einsetzen zu können, ist eine Reduktion von Medienbrüchen bei der Verwaltung erforderlich. Konsequente Verwaltungsdigitalisierung ist kein leidiger Zusatzaufwand, sondern eine große Chance.
- den Einsatz KI-gestützter Chatbots auf kommunalen Websites als Beitrag zu einer bürgernahen Verwaltung.

Kommunale Partnerschaften

Partnerschaften von Großstädten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen mit gleich oder ähnlich strukturierten Gebieten in anderen Staaten (oder innerhalb Deutschlands) aktivieren das Gemeinschaftsleben und erhöhen den Erfahrungshorizont. Sie fördern das Verständnis untereinander und helfen, Vorurteile abzubauen. Getragen von zahlreichen Städtepartnerschaften ist so nach Jahrhunderten der Kriege zwischen den beiden Ländern die deutsch-französische Freundschaft entstanden und zum Erfolgsmodell für einen dauerhaften Frieden geworden. Die Politik kann Partnerschaften aber nur anschieben und beschließen; gelebt werden müssen Partnerschaften von der breiten Bevölkerung und deren Institutionen. Aus liberaler Sicht sind die Beziehungen von Schulen, Vereinen, Verbänden und Kirchen wesentliche Elemente einer Partnerschaft.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Unterstützung von Jugend- und Vereinsbesuchen in Partnerkommunen sowie Schüleraustauschprogrammen.
- eine in regelmäßigen Abständen stattfindende Überprüfung des Partnerschaftsgedankens, um diesen gegebenenfalls auf eine neue Basis zu stellen.

Kapitel 9: Standort stärken, Zukunft sichern - Für attraktive Wirtschaftsfaktoren in unserer Kommune

Lebendige Innenstädte

Die herausragende Bedeutung der Innenstädte ist unbestreitbar. Sie sind das gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle „Herz“ unserer Gemeinden. Doch die Veränderungen im Konsum- und Freizeitverhalten der Bürgerinnen und Bürger stellen die Innenstädte vor große Herausforderungen, die wir aktiv angehen müssen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- ein aktives Leerstands-Management mit kreativen Ideen wie Pop-up-Stores, um dauerhafte Leerstände in innerstädtischen Flächen zu vermeiden.
- ein gebührenfreies Kurzzeitparken in Innenstädten.
- eine ausreichende Ausstattung der Innenstädte mit Parkmöglichkeiten für Autos und Fahrräder sowie Roller und andere Fahrzeuge.
- eine Verkehrsführung, welche die Bedarfe von Fußgängern, Rad- und Autofahrern gleichermaßen berücksichtigt.
- attraktive Veranstaltungsformate in Innenstadtlagen, die Gastronomie-, Handels- und Kulturangebote abdecken, z.B. Spezialmärkte oder Festivitäten, Bauernmärkte, Auto- und Fahrradshows, After-Work-Partys und Musikveranstaltungen.
- ein City-Management zum Erhalt und zur Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Innenstädte. Es fungiert als zentrale Anlaufstelle für alle Akteure in der Innenstadt, ob Einzelhändler, Gastronomen, Eigentümer oder Bürgerinnen und Bürger. Das City-Management ist die Plattform, um Ideen, Anliegen und Vorschläge zu sammeln, zu koordinieren und umzusetzen.

Einzelhandel

Sowohl in ländlichen Gebieten als auch in städtischen Ballungsräumen sieht sich der lokale Einzelhandel einem anhaltenden Strukturwandel ausgesetzt. Angesichts des veränderten Konsumverhaltens vieler Verbraucher können geeignete kleinräumige Strategien Kunden und Händlern vor Ort optimistisch Perspektiven für die Zukunft bieten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- einen Bürokratieabbau für Einzelhändler statt den Erlass immer weiterer Regelungen, die oft von den eigentlichen Aufgaben abhalten, wie Gestaltungssatzungen, komplizierte Förderprogramme, Sondernutzungsgebühren für Werbetafeln und Verkaufsstände vor dem Ladengeschäft oder überzogenen Stellplatzvorgaben.
- attraktive Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze für Fachkräfte.
- kreative und engagierte Maßnahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung im Bereich des Einzelhandels, z.B. Stadtgutscheine und Sonderveranstaltungen wie Night-Shopping.
- großzügige Möglichkeiten der Sonntagsöffnung, um den Einzelhändlern mehr Flexibilität zu bieten.
- lokale Online-Marktplätze, auf denen örtliche Einzelhändler ihre Angebote im digitalen Raum präsentieren können.

Mittelstandspolitik

Mittelständische Betriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie beschäftigen mehr als 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig angestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und erwirtschaften dabei fast 40 Prozent aller Umsätze. Zudem stellen sie rund 80 Prozent aller Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Damit hat der Mittelstand eine immense Bedeutung für die Sicherung des Wohlstands und der Stabilität in unserem Land.

Deshalb fordern wir

- moderate Gewerbe- und Grundsteuer-Hebesätze.
- die digitale kommunale Infrastruktur zu optimieren und voranzutreiben, um Wettbewerbsnachteile für mittelständische Unternehmen zu vermeiden.
- den Abbau von Bürokratie und den konsequenten Ausbau von E-Government (Vereinfachung und mehr Transparenz von Verwaltungsprozessen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken und künstlicher Intelligenz).
- bestehende kommunale Wirtschaftsförderungsprogramme regelmäßig zu evaluieren und auch auf die spezifischen Anforderungen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) anzupassen.
- eine unbürokratische Förderung von Existenzgründungen.
- eine gute Betreuung der Bestandsgewerbetreibenden, um diese am Standort zu halten.

- eine gewerbefreundliche Ausgestaltung von Verkehrsströmen. Wir lehnen insbesondere Fahrverbote in Städten auch weiterhin ausdrücklich ab.
- kleine und mittlere Unternehmen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen zu beraten und zu unterstützen und innovative Ansätze bei der Ausgestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf zu fördern, etwa durch den Einsatz digitaler Tools oder die Veranstaltung innovativer Berufsorientierungsformate.
- eine adäquate Ausstattung der Beruflichen Schulen zu schaffen und sicherzustellen, dass sie dem aktuellen technischen Stand für die jeweiligen Berufsfelder entspricht.
- ein bedarfsgerechtes Angebot an Gewerbeflächen für Erweiterungen oder Neuansiedlungen von Betrieben zu schaffen.
- ein besonderes Augenmerk auf die Flächen- und Unterstützungsbedarfe von kleinen und mittelständischen Handwerksbetrieben zu legen.
- interkommunale Gewerbeparks mit gemeinsamer Infrastruktur zu unterstützen und den Bedarf auch neuer Arbeitsformen wie z.B. Co-Working-Spaces und flexibler Raumangebote mit zu berücksichtigen.

Hotels und Gaststätten

Hotels und Gaststätten haben eine enorme Bedeutung für Baden-Württemberg. Insbesondere in kleineren Gemeinden dienen Gaststätten oft als zentraler Ort der Begegnung. Hotels sind nicht nur in städtischen Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen eine bedeutende wirtschaftliche Kraft und schaffen zahlreiche Arbeitsplätze.

Deshalb setzen wir uns ein für

- spürbare bürokratische Entlastungen, zum Beispiel bei den Arbeitszeitdokumentationspflichten.
- zielgerichtete Maßnahmen der Fachkräftesicherung, da der Fachkräftemangel nicht nur hochspezialisierte Bereiche betrifft, sondern auch den Dienstleistungsbereich.
- eine Unterstützung durch die Gemeinden, beispielsweise in Form von Informationsangeboten bei Nachfolgeregelungen.
- moderate Sperrzeiten, die auch in den Abendstunden gastronomischen Betrieb ermöglichen.

- die Ermöglichung unbürokratischer Flächenerweiterungen in der Außengastronomie und die Reduzierung zusätzlicher Belastungen wie Sondernutzungsgebühren für Außengastronomieflächen.

Innovationen und Firmengründungen

Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Land und Kommune kann der richtige Ordnungsrahmen gesetzt werden, um kommunale Gründerzentren zu einem echten Erfolg zu machen. Eine gut ausgebaute Infrastruktur und ein intensiver Wissenstransfer zwischen den Gründungszentren und Hochschulen sind dabei unerlässlich. Dadurch können - auch in ländlichen Regionen - attraktive Arbeitsplätze vor Ort entstehen, Abwanderung verhindert und sogar neue Arbeitskräfte mit ihren Familien gewonnen werden.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Etablierung einer engagierten kommunalen Wirtschaftsförderung und die Erschließung der erforderlichen digitalen und verkehrlichen Infrastruktur.
- die Einführung kommunaler Gründerpreise bzw. -Wettbewerbe, die regionalen Gründerinnen und Gründern Anerkennung und eine Plattform bieten.
- eine kommunale Wirtschaftsförderung, die gründungswilligen Personen kompetente Unterstützung bei ihren Gründungsvorhaben anbietet und sie durch den „Bürokratiedschungel“ der Unternehmensgründung begleitet.
- eine kommunale Wirtschaftsförderung, die regionale Gewerbeschauen fördert und damit den ansässigen Firmen die Möglichkeit bietet, sich einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Neben der Möglichkeit, mehr über die Leistungsfähigkeit der Industrie und Handwerksbetriebe zu erfahren, können so auch potenzielle künftige Fachkräfte auf neue und interessante Berufsfelder aufmerksam werden.
- gute Rahmenbedingungen für Investitionen vor Ort, insbesondere moderate Gewerbesteuersätze.
- die Einführung neuer Arbeitszeitmodelle und die Forcierung einer modernen Wirtschaftsansiedlung, z.B. durch die Einrichtung von Shared Desks und Co-Working-Spaces, gerade auch außerhalb von urbanen Ballungsräumen.
- bessere Rahmenbedingungen für die Neugründung und Akkreditierung privater Hochschulen, insbesondere außerhalb der urbanen Ballungsräume. Durch das

Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft am Standort können Innovationen entfesselt werden.

Interkommunale Gewerbegebiete

Bei der Erschließung von Gewerbegebieten kann die Kooperation zwischen Kommunen für die beteiligten Partner große Vorteile bringen, da sie die Lasten teilen können. Durch die gemeinsame Nutzung der Erschließungsinfrastruktur wird der Flächenverbrauch reduziert und die Kosten werden geteilt. Dies ist besonders für Kommunen von Bedeutung, die aufgrund landwirtschaftlicher Begrenzungen oder geschützter Landschaftsteile nicht über ausreichend eigene gewerbliche Baulandreserven verfügen.

Deshalb setzen wir uns ein für schnelle Planungsverfahren und effiziente Verwaltungs- und Planungsstrukturen, um Kooperationshindernisse zu überwinden. Dabei sollen Landkreise, Regierungspräsidien und Regionalverbände unterstützend wirken.

Landwirtschaft und regionale Produkte

Die Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil Baden-Württembergs und spielt eine zentrale Rolle als bedeutender Wirtschaftszweig, für unsere Ernährungssicherheit und für den Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft. Obst- und Weinbau prägen viele Landschaftsbilder. Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine moderne und nachhaltige Landwirtschaft ein, die ökonomisch erfolgreich ist und gleichzeitig den Schutz von Natur und Umwelt gewährleistet. Landwirtschaftliche Unternehmer entwickeln ihre Betriebe über Generationen hinweg. Die Kommunen sollen sie dabei als starker Partner begleiten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Entbürokratisierung, um den Landwirten mehr unternehmerische Selbstbestimmung zu ermöglichen. Zusätzliche Bewirtschaftungsauflagen für Pächterinnen und Pächter landwirtschaftlicher Nutzflächen aus kommunaler Hand, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen, lehnen wir ab.
- eine Förderung der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Erzeugnisse vor Ort, wie z.B. Verkaufsstände oder Hofläden.
- ein intaktes und dem heutigen Stand der Technik in Land- und Forstwirtschaft angepasstes Wirtschaftswegenetz. Die Tragfähigkeit der multifunktional genutzten Wege muss den heutigen Anforderungen entsprechen.

Tourismusförderung

Der Tourismus in Baden-Württemberg ist ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor und spielt in vielen Regionen eine zentrale Rolle. Das Ziel der Freien Demokraten ist es, die Menschen zu unterstützen, die Baden-Württemberg von seiner schönsten Seite präsentieren und als perfekte Gastgeber dafür sorgen, dass es für Touristen immer attraktiver wird, ihre Freizeit zwischen Kurpfalz und Bodensee, Ostalb und Breisgau zu verbringen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- touristische Zusammenschlüsse mehrerer Gemeinden und örtliche Tourismusvereine.
- ein einheitliches grenzüberschreitendes Auftreten der Tourismusregionen und gemeinsame Werbemaßnahme für die gesamte Region.
- die verstärkte Zusammenarbeit von Gastronomen und Hoteliers, welche beratend und werbetechnisch unterstützt werden sollen.
- einen Ausbau des digitalen Tourismusmarketings.

Kapitel 10: Für eine sichere Zukunft - Liberale Initiativen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Sicherheit in Kommunen und Landkreisen

Eine sichere Umgebung ist Voraussetzung für eine lebenswerte Kommune. Hierzu trägt eine aktive Bürgergesellschaft maßgeblich bei, die von engagierten Bürgerinnen und Bürgern getragen wird.

In Vereinen, Religionsgemeinschaften, in Bürgerstiftungen oder Selbsthilfeorganisationen unterstützen die Menschen einander im täglichen Leben häufig wirkungsvoller als es eine körperschaftliche oder staatliche Organisation könnte. Dabei vertrauen wir unsere Sicherheit schon jetzt vielfach ehrenamtlichen Kräften an, z.B. in der Feuerwehr, in Rettungsorganisationen, im THW oder in der DLRG und wir tun gut daran, dieses Ehrenamt für die Bürgergesellschaft dauerhaft zu unterstützen.

Zur modernen Bürgergesellschaft gehören auch die offene, wertorientierte Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die positive Anerkennung kultureller Vielfalt. Extremismus, sei er religiöser, links- oder rechtsextremistischer Art, hat dabei keinen Platz. Wer durch kriminelles Handeln Vertrauen missbraucht, muss die Konsequenzen rechtsstaatlicher Maßnahmen erfahren. Das gilt für alle, auch diejenigen, die nur vorübergehend hier leben.

Eine besondere Bedeutung hat für uns Freie Demokraten die Prävention. Es ist am besten, die Menschen zu stärken und Kriminalität wirksam und nachhaltig vorzubeugen, statt erst an Symptomen herumzudoktern. Einen Schwerpunkt setzen wir dabei auch in der Jugendarbeit.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine bessere und langfristige (Kriminal-)Prävention. Wir wollen in Landkreisen Stiftungen für die „öffentliche Sicherheit“ einrichten, um notwendige Präventionsprogramme nicht immer nur kurzfristig und nach Kassenlage durchzuführen. Programme wie Erste-Hilfe-Kurse, zum besseren Schutz vor Einbruchdiebstählen, zum Umgang mit Medien und Mobbing, zur Brandprävention oder Schwimmunterricht für Kinder müssen verstetigt und z. B. mit Polizei, Schulen und Rettungsorganisationen vernetzt werden, um nachhaltige Wirkung zu entfalten.
- eine bessere Unterstützung und Vernetzung aller in der Jugendarbeit Tätigen, sei es an Schulen, in Vereinen, in der freien Jugendarbeit oder in den Behörden, damit Probleme frühzeitig erkannt und gemeinsam angegangen werden können. Wirksame Jugendarbeit und eine Kultur des Hinsehens helfen mehr als der bloße Erlass weiterer Verbote.

- zielgerichtete Programme, die sich an Frauen wenden, um Selbstverteidigung und Selbstbewusstsein zu stärken. Die Finanzierung von Einrichtungen, die Frauen Schutz bieten, muss dauerhaft gesichert werden. Mit besseren Strukturen und einer gezielten Forderung werden wir besser gegen häusliche Gewalt und Menschenhandel vorgehen.
- mehr Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern sowie insbesondere von Menschen mit Behinderungen, wenn es darum geht, u.a. ihr Umfeld sicherer und einfacher zu gestalten. Das kann mit der dauerhaften Einrichtung von Inklusionsbeiräten gelingen. Seniorinnen und Senioren sollen u.a. bei (bau-)planerischen Entscheidungen für sichere und zugängliche Quartiere einbezogen werden.
- beratende Ausschüsse und Arbeitskreise für „Öffentliche Sicherheit“ in den Landkreisen und Kommunen. Polizei und Rettungseinrichtungen, Vereine sowie die örtliche Wirtschaft sollen sich regelmäßig mit Kreis- und Gemeinderäten austauschen, um so das Ehrenamt zu stärken und die Vernetzung der in der öffentlichen Sicherheit Tätigen voranzutreiben.
- neue Projekte, wie etwa zur Warnung der Bevölkerung bei Schadenslagen oder zur besseren Rekrutierung von Rettungskräften, sowie zur bestmöglichen Verhinderung von Großschadenslagen (z.B. Unwetter, Hochwasser).
- eine Politik, die von der Möglichkeit des „Alkoholverbots“ im öffentlichen Bereich und der Ausweisung von „Messerverbotzonen“ nur im Ausnahmefall und nach sehr gründlicher Prüfung der Bedingungen vor Ort Gebrauch macht.
- eine zeitgemäße Aufstellung der Gemeindeverwaltungen und kommunalen Unternehmen in Angelegenheiten der Cyber-Sicherheit.

Polizeipräsenz in den Kommunen

Bürgerinnen und Bürger werden sich nur mit ihrer Stadt oder Gemeinde identifizieren, wenn sie sich dort auch sicher fühlen. Das Sicherheitsgefühl wird maßgeblich durch eine ausreichende Polizeipräsenz vor Ort gestärkt. Der sichtbare Polizist, auch im ländlichen Raum, ist der beste Ansprechpartner. Durch die Polizeireform in Baden-Württemberg hat sich die Polizei aber noch weiter von den Menschen im Land entfernt und nach wie vor fehlen in vielen Polizeidirektionen und Polizeiposten die erforderlichen Kräfte. Zudem mangelt es noch immer an einer flächendeckenden Ausstattung mit modernen Kommunikationsmitteln wie dem speziellen Polizeihandy und persönlichen Sicherheitsgegenständen für die Polizistinnen und Polizisten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine bessere Ausstattung und personelle Besetzung der Polizeidienststellen vor Ort.
- bessere Technik, die hilft, die Beamten von unnötiger Bürokratie zu befreien. Damit bleibt mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit, die Bekämpfung und Prävention von Kriminalität.
- kommunale Ordnungsdienste, die nicht die Polizei ersetzen, aber in der Lage sind, Ordnungsstörungen zu unterbinden und Präsenz zu zeigen. Sie erhöhen die Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden für alle Menschen im öffentlichen Raum.

Feuerwehren

Neben der Polizei sind die Feuerwehren im Land die wesentlichen Garanten der Inneren Sicherheit. Rund um die Uhr stehen sie der Allgemeinheit an allen Tagen des Jahres verlässlich und kompetent zur Verfügung, um Menschen und Tiere zu retten, Brände zu bekämpfen und technische Hilfe zu leisten. Darüber hinaus sind sie der erste Ansprechpartner für sonstige Einsätze und unklare Gefahrenlagen. In den Gemeindefeuerwehren leisten nahezu 115.000 Menschen und davon rund 98% aller Feuerwehrangehörigen in Baden-Württemberg ihre Tätigkeit ehrenamtlich; neben ihrem Beruf und neben den Anforderungen aus Familie und Alltag.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine nachhaltige Unterstützung sowohl der Nachwuchsförderung als auch der Stärkung erfahrener Kräfte.
- Kampagnen zur Gewinnung von mehr Frauen und Migrantinnen.
- eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Rettungsorganisationen.
- verlässliche Investitionen in moderne Technik.
- eine Ansprache und Unterstützung von Arbeitgebern, die ihren Arbeitnehmern die ehrenamtliche Tätigkeit ermöglichen und erleichtern.
- die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch kommunale Ehrenamtskarten und etwa kostenfreie VHS-Seminare.

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz

Der Angriffskrieg auf die Ukraine und das schwerwiegende Hochwasser im Ahrtal haben gezeigt, dass wir auf Katastrophen nicht gut genug vorbereitet sind. Hier muss insbesondere die rechtzeitige Warnung der Bevölkerung sichergestellt werden. Beim bisherigen Programm zur Förderung des Ausbaus von Sirenen konnten allerdings nur etwa ein Drittel der erforderlichen

Sirenen berücksichtigt werden. Zugleich gilt es, vor Ort Schutz- und Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Dies gelingt mit digitalen Anwendungen, die über Sensoren z.B. Pegelstände hochwassergefährdeter Gewässer überwachen und zugleich an ein Warnsystem weiterleiten können.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine weitere Förderung der Installation von Sirenen. Hier ist auch das Land in der Pflicht.
- Klimaanpassungspläne als Vorbereitung für Extremwetterereignisse zum Beispiel durch die Erarbeitung kommunaler Hochwasser-, Starkregen und Dürreschutzkonzepte.
- den weiteren Ausbau des Digitalfunks bei den Blaulichtorganisationen und fordern hierbei die tatkräftige Unterstützung der Landkreisverwaltungen.
- den Einsatz von LPWAN- Technologien wie z.B. LoRaWAN², insbesondere bei der Warnung vor Waldbränden, Starkregen oder Hochwasserlagen.
- einen ständigen Austausch aller an der Sicherheit vor Ort beteiligten Kräfte, z.B. in Ausschüssen und Arbeitskreisen für „Öffentliche Sicherheit“.

² „Long Range Wide Area Network“, eine energieeffiziente Funktechnologie mit sehr hoher Reichweite.

Kapitel 11: Digitalisierung als Chance - Für eine smartere und effizientere Kommune

Digitalisierung im Bereich Bauen und Wohnen

Digitales Bauen bedeutet günstigeres Bauen – und damit auch günstigeres Wohnen. Doch während die Digitalisierung unsere Gesellschaft und Wirtschaft in vielen Bereichen grundlegend transformiert hat, scheint die Zeit in der Bau- und Wohnungswirtschaft beinahe stehen geblieben zu sein. Die Bauwirtschaft zählt noch immer zu den am wenigsten digitalisierten Branchen überhaupt und auf den Bauämtern sieht es nicht besser aus. Wir Freie Demokraten wollen jetzt die notwendigen Updates für weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und bezahlbares Bauen vornehmen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Berücksichtigung von Glasfaseranschlüssen schon bei der Quartiersentwicklung.
- die Nutzung der Vorteile des Building-Information-Modeling (BIM).
- die Beschleunigung und Vereinfachung von Bauverfahren durch die Digitalisierung der Antragsprozesse.
- die Einführung digitaler Baulandkataster, um Flächenreserven zur Innenverdichtung zu mobilisieren.
- digitale Wohnungstauschbörsen und digitale Wohnraummelder in den Kommunen.
- Barrierefreiheit auch im digitalen Raum, etwa durch barrierefreie Gemeinde-Websites oder barrierefrei nutzbare Bürger-Apps sowie die weitgehende Bereitstellung digitaler Informationen der Gemeinden in "einfacher Sprache".

Digitalisierung im Verkehr

Durch eine intelligente und vernetzte Verkehrssteuerung lässt sich der Verkehrsfluss optimieren. Wir Freie Demokraten wollen die daraus entstehenden Möglichkeiten sowohl für den Individualverkehr als auch für den ÖPNV konsequent nutzen, um Staus, Umweltbelastungen und nicht zuletzt den Zeitaufwand der Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die verstärkte Nutzung von E-Ticketing im lokalen und regionalen ÖPNV.

- die Verbesserung digitaler Fahrplanauskünfte und den Ausbau digitaler Anzeigetafeln an Bushaltestellen. Außerdem sollen die Potenziale der besseren Vernetzung verschiedener Verkehrsträger und Mobilitätsformen wie z.B. Echtzeit-Transponder besser genutzt werden, indem Echtzeitauskünfte zu Abfahrzeiten oder Verfügbarkeiten digital sichergestellt werden.
- digitale Parkleitsysteme in den Gemeinden, die klimaschädlichen Parksuchverkehr reduzieren.
- den Einsatz von Apps für Parkraum-Management und Handy-Parken.
- smarte Ampelsysteme, um den Verkehrsfluss in den Städten zu beschleunigen.
- die konsequente Digitalisierung öffentlicher Parkhäuser und Tiefgaragen, die u.a. auch die Bedürfnisse des autonomen Fahrens berücksichtigen.

Digitale Infrastruktur

Eine funktionierende Infrastruktur ist die notwendige Grundlage für den digitalen Fortschritt. Der Zugang zum Internet ist längst nicht mehr eine Frage des Komforts, sondern auch der Chancengleichheit. Es ermöglicht uns, in Sekundenschnelle Informationen abzurufen und auszutauschen, Bildungsmaterialien zu nutzen oder mit Menschen auf der ganzen Welt zu kommunizieren. Leider gibt es aber immer noch Regionen, in denen flächendeckendes und schnelles Internet keine Selbstverständlichkeit ist. Um Engpässe und weiße Flecken zu beseitigen, setzen wir uns ein für

- die Erstellung von Glasfaserausbau-Masterplänen in Kommunen, um bei Tiefbaumaßnahmen Synergien optimal zu nutzen.
- den Ausbau von WLAN in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen.
- den konsequenten Ausbau von Mobilfunk im 5G-Standard, um bestehende Funklöcher zu schließen und mithilfe von Bürgerdialogen Akzeptanz für diese Technologie zu schaffen.

Digitalisierung im Umweltschutz

Umweltschutz ist von zentraler Bedeutung, um die natürlichen Ressourcen zu erhalten und auch künftigen Generationen eine nachhaltige Lebensgrundlage zu bieten. Innovative Ideen und neue Technologien sind dabei wichtige Hilfsmittel. Mithilfe digitaler Anwendungen lassen sich kritische Entwicklungen frühzeitig erkennen und die Effizienz unseres Ressourcenverbrauchs optimieren.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Smart-City-Ansätze mittels LPWAN-Technologien wie z.B. LoRaWAN, um die Digitalisierung von Mülltonnen (Leerungssensorik), effiziente Grünflächenbewässerung oder eine digitale Baumkontrolle zu ermöglichen. Auch bei der Warnung vor Waldbränden oder Hochwasserlagen können LPWAN-Lösungen nützlich sein.
- den Austausch bestehender Straßenbeleuchtung durch smarte LED-Leuchtmittel mit Bewegungssensorik.

Digitalisierung von Bildung und Betreuung

Digitale Bildung eröffnet den Menschen zahlreiche Möglichkeiten, die eigenen Träume selbständig zu verwirklichen und in der heutigen wie künftigen Arbeitswelt erfolgreich zu sein. Um unsere Kinder optimal auf die Anforderungen der digitalen Welt vorzubereiten, braucht es einen zeitgemäßen Unterricht mit digitalen Methoden und Materialien. Diese spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der individuellen Bedürfnisse und Talente jedes Kindes.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die zeitgemäße technische Ausstattung von Schulgebäuden.
- eine flächendeckende Ausstattung von Schulgebäuden mit WLAN und digitalen Anzeige- und Interaktionsgeräten.
- die aktive Miteinbeziehung digitaler Lehrmittel in den Unterricht, etwa um Blended-Learning-Modelle in den Schulen zu gewährleisten.
- die Einführung anwenderfreundlicher KiTa-Apps zur Kommunikation zwischen Betreuungseinrichtungen und Eltern.
- die beschleunigte und vereinfachte Vergabe von KiTa-Plätzen durch digitale Unterstützung und die Nutzung der Potenziale künstlicher Intelligenz.
- die Nutzung der Potenziale der Digitalisierung zur beschleunigten und vereinfachten Platzvergabe bei der Ganztagsbetreuung von Schulkindern.

Digitalisierung der Verwaltung

Die Arbeitsabläufe und Verfahren in den Behörden sind längst aus der Zeit gefallen. Dass Anträge in Papierform eingereicht oder nach digitalem Versand ausgedruckt werden müssen, sollte endgültig der Vergangenheit angehören. Wir Freie Demokraten stehen für einen unkomplizierten

Staat, der den Bürgerinnen und Bürgern das Leben erleichtert. Um den Weg für eine bürgernahe und digitale Verwaltung freizumachen, setzen wir uns ein für

- digitale Ehrenamtsplattformen in den Kommunen, die das „Matching“ zwischen ehrenamtlichen Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern vereinfachen.
- den weitergehenden Einsatz künstlicher Intelligenz in der kommunalen Steuerverwaltung zur Verfahrensvereinfachung.
- die flächendeckende Einführung zeitgemäßer Ratsinformationssysteme, um die Transparenz von Gremienentscheidungen zu erhöhen.
- ein Streaming von Gremiensitzungen, um zeitgemäße Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.
- Bürger-Apps mit nützlichen Informationen aus der Gemeinde als digitale Amtsblätter.
- moderne Gemeinde-Websites.
- Gemeindeverwaltungen, die auf den sozialen Medien vertreten sind und hierüber regelmäßig die Bürger informieren.
- den bedarfsgerechten Gebrauch der Möglichkeit hybrider Sitzungen, um die Effizienz der kommunalpolitischen Gremienarbeit zu steigern, beispielsweise bei Vorberatungen oder fraktionsübergreifenden Koordinationsterminen, in denen keine rechtswirksame Abstimmung vorgesehen ist.
- die konsequente Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, um insbesondere in Zeiten von Fachkräftemangel und demographischem Wandel wertvolle Personalressourcen in den Gemeindeverwaltungen möglichst sinnvoll einsetzen zu können. Konsequente Verwaltungsdigitalisierung ist kein leidiger Zusatzaufwand, sondern eine große Chance.
- den Einsatz von KI-gestützten Assistenztools auf kommunalen Websites als Beitrag zu einer bürgernahen, beschleunigten und von Rathaus-Öffnungszeiten unabhängigen Bearbeitung von Bürgeranliegen.
- die umfassende Digitalisierung der Ausländerbehörden, um schnelle und effiziente Verfahren zu gewährleisten.